



HESSEN



Bericht aus Brüssel

23/2021 vom 17.12.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	8
Ausschuss der Regionen.....	12
Wirtschaft.....	13
Verkehr.....	17
Energie.....	21
Digital.....	25
Forschung.....	27
Finanzdienstleistungen.....	29
Finanzen.....	30
Soziales.....	34
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	36
Umwelt.....	38
Landwirtschaft.....	40
Justiz.....	43
Inneres.....	45
Bildung und Kultur.....	49
Information, Kommunikation und Medien.....	51
EU-Förderprogramme.....	52
Veranstaltungen.....	53
Vorschau.....	56

Rat; Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft

Am 09.12.2021 hat der französische Präsident, Emmanuel Macron, die Prioritäten der anstehenden französischen Ratspräsidentschaft (ab 01.01.2022) der Presse vorgestellt. Demnach werde sich die französische Ratspräsidentschaft weiterhin verstärkt der Erholung Europas von der Pandemie widmen, versuchen ein Europa der Kooperation innerhalb seiner Grenzen zu schaffen und Europa zu einem starken globalen Akteur zu formen. Die Verteidigung Europas vor hybriden Angriffen, eine Reform des Schengen-Raumes und die Umsetzung des Migrationspakets stehen ebenfalls auf der Agenda. Neben diesen Themen werde FRA vor allem den Strategischen Kompass mit ausgestalten, eine stärkere Kooperation der EU mit Afrika und dem Westbalkan anstreben und Europa insgesamt sozialer machen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Schaffung von „richtigen“ Arbeitsplätzen, eine Industriereform hin zur Nutzung von nachhaltigen Technologien und die damit einhergehende Schaffung der globalen Standards von Morgen seien allesamt Teil des Plans eines sozialeren Europas. Außerdem strebe FRA die Umsetzung der Banken- und Kapitalmarktunion an, wolle außerdem die strengen Grenzen zur Staatsverschuldung flexibilisieren und die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen, um die EU näher an ihre Bürger zu bringen. Der Abschlussbericht der Konferenz wird nun voraussichtlich im Mai vorgelegt werden.

<https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2021/12/09/presentation-de-la-presidence-francaise-du-conseil-de-lunion-europeenne>

Rat; Programm der neuen Trio-Ratspräsidentschaft

Am 10.12.2021 wurde das Programm der Trio-Ratspräsidentschaft vorgestellt, das den Fahrplan der drei Ratspräsidentschaften (FRA, CZE und SWE) im Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 30.06.2023 darstellt. Besonders die Prioritäten der Strategischen Agenda 2019-2024 seien für die Präsidentschaften ein wichtiger Kompass, einige Punkte der Agenda müssten hingegen aus pandemischen Gründen dringlicher umgesetzt werden als bisher angenommen. Unter allen besonderen Herausforderungen, die die Pandemie mit sich gebracht habe, verdiene die Gesundheit eine besondere Aufmerksamkeit. Das Trio werde sich außerdem auf die Förderung der Werte der EU und der Rechtsstaatlichkeit fokussieren, den Aktionsplan für Demokratie umsetzen, die Union für hybride Bedrohungen resilienter machen und den EU-Asyl- und Migrationspakt umsetzen. Während der neuen Trio-Ratspräsidentschaft werde die EU zudem stets in den grünen und digitalen Übergang investieren und damit die Basis für nachhaltiges und langfristiges Wachstum erneuern. Die Präsidentschaft werde die EU auf den Pfad in Richtung Klimaneutralität bis 2050 bringen und versuchen, die Rolle der EU in der Welt zu stärken, indem sowohl die Strategische Agenda 2019-2024 als auch der Strategische Kompass (voraussichtlich ab März 2022) vollständig umgesetzt werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14441-2021-INIT/en/pdf>

EU; EU-Organe vereinbaren Prioritäten für 2022

Am 16.12.2021 haben der Präsident des EP, David Sassoli, der slowenische Ministerpräsident, Janez Janša, im Namen der Ratspräsidentschaft und die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, die Gemeinsame Erklärung über die legislativen Prioritäten der EU für das Jahr 2022 unterzeichnet. Durch die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung verpflichten sich die drei Organe, einer Reihe von Initiativen höchste Priorität einzuräumen. Diese zielen darauf ab, den europäischen Grünen Deal umzusetzen, ein Europa für das digitale Zeitalter zu schaffen, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen zu kreieren, ein stärkeres Europa

in der Welt voranzubringen, die europäische Lebensweise zu fördern, die Demokratie zu schützen und die gemeinsamen europäischen Werte zu verteidigen. Die drei Organe streben bis Ende 2022 größtmögliche Fortschritte bei den in der Erklärung enthaltenen Initiativen an. Dadurch wolle man ein stärkeres, gerechteres, nachhaltigeres, digitaleres und widerstandsfähigeres Europa für die Bürgerinnen und Bürger schaffen.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/joint_declaration_2022.pdf

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 16.12.2021

Der Europäische Rat (ER) tagte in Präsenz am 16.12.2021 in Brüssel. Wegen der angespannten pandemischen Lage war der Gipfel auf einen Tag verkürzt worden. Beherrschende Themen waren COVID-19, die Energiepreise sowie die auswärtigen Beziehungen, insbesondere die eskalierende Situation an der russisch-ukrainischen Grenze. Der ER zeigt sich angesichts der pandemischen Situation und der neuen Omikron-Variante besorgt. Er betont die Bedeutung von Impfungen, insbesondere auch der Booster-Impfung. Die Impfskepsis müsse überwunden und Desinformationen bekämpft werden. Neben der Impfung soll die Umsetzung der EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika, einschließlich der gemeinsamen Beschaffung, vorangebracht werden. Der ER ruft dazu auf, die überarbeiteten Ratsempfehlungen zur sicheren Freizügigkeit und zu nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU zügig anzunehmen. Außerdem sei ein koordiniertes Vorgehen hinsichtlich der Gültigkeit des digitalen EU-COVID-Impfzertifikats notwendig. Die EU werde weiterhin Impfstoffdosen und Hilfsstoffe exportieren und ihre Unterstützung für die bedürftigsten Länder – vor allem in Afrika – verstärken. Die Kommission wird aufgerufen, die Mitgliedstaaten und Drittländer noch stärker zu unterstützen, weiterhin mit den Herstellern zusammenzuarbeiten und die Koordinierung mit der Weltgesundheitsorganisation, COVAX und weiteren Partnern zu verstärken. Des Weiteren hat der ER eine Bilanz der Arbeit zur Verbesserung der gemeinsamen Krisenvorsorge, Reaktionsfähigkeit und Resilienz gegenüber künftigen Krisen gezogen. Er ruft dazu auf, die Krisenreaktion und -vorsorge der EU im Rahmen eines gefahrenübergreifenden Ansatzes zu stärken und Resilienz aufzubauen. Mit Blick auf Sicherheit und Verteidigung erklärt der ER, die EU werde angesichts der wachsenden weltweiten Instabilität, des zunehmenden strategischen Wettbewerbs und komplexer Sicherheitsbedrohungen mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit und Verteidigung übernehmen, eine strategische Vorgehensweise verfolgen und ihre Fähigkeit zum autonomen Handeln stärken. Er ersucht den Rat, die Arbeit an einem ehrgeizigen Strategischen Kompass voranzubringen, den er auf seiner nächsten Tagung im März 2022 annehmen will. Die Stärkung der strategischen Partnerschaft mit der NATO wird ausdrücklich unterstützt. Der ER hat sich ferner mit dem Stand der Operationalisierung seiner Beschlüsse von Juni und Oktober zu den externen Aspekten der Migration befasst. Er ruft die Kommission und den Hohen Vertreter auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass die jüngsten Aktionspläne für Herkunfts- und Transitländer ohne weitere Verzögerungen angewandt und umgesetzt werden. Er verurteilt die Instrumentalisierung von Migranten und Flüchtlingen durch das belarussische Regime und die dadurch ausgelöste humanitäre Krise scharf. Die EU werde weiterhin entschlossen gegen diesen hybriden Angriff vorgehen. An Russland sendet der ER eine klare Botschaft: Russland müsse dringend eine Deeskalation der Spannungen herbeiführen, die durch den Truppenaufmarsch entlang seiner Grenze zur Ukraine und aggressive Rhetorik verursacht wurden. Jede weitere militärische Aggression gegenüber der Ukraine werde „massive Konsequenzen und erhebliche Kosten“, einschließlich mit Partnern koordinierter Sanktionen, nach sich ziehen. Die geltenden Russlandsanktionen wurden turnusgemäß um weitere sechs Monate verlängert. Dagegen konnte sich der ER nicht

auf Schlussfolgerungen zu den gestiegenen Energiepreisen einigen. Der Streit über die Einschätzung der Ursachen und die Reaktion auf den Preisanstieg spaltet nach wie vor die Staats- und Regierungschefs, die stundenlang über die Schlussfolgerungen zu diesem Thema rangen und sich letztlich nicht auf einen Text einigen konnten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/12/16/>

Euro-Gipfel; Ergebnisse der Tagung am 16.12.2021

Im Anschluss an den Europäischen Rat am 16.12.2021 tagte der Euro-Gipfel im inklusiven Format (d.h. unter Beteiligung aller EU-27 Staaten). Themen der kurzen Sitzung waren die wirtschaftliche Situation sowie die weitere Vollendung von Banken- und Kapitalmarktunion. Die Abschlusserklärung betont, dass die enge Koordinierung der Fiskalpolitik der Eurozone essenziell bleibe, mit dem Ziel, eine nachhaltige und inklusive Erholung nach der COVID 19-Krise sicherzustellen. Ferner wird die Bedeutung der vollendeten Banken- und Kapitalmarktunion für die Stabilität des Finanzsystems, die Wettbewerbsfähigkeit und die Kanalisierung der finanziellen Mittel für den grünen und digitalen Wandel herausgestellt. Die Erklärung gibt schließlich an, man sehe dem Inkrafttreten der Vereinbarung zur Änderung des Vertrags über den Europäischen Stabilitätsmechanismus und der baldigen Einführung der Letztsicherung (sog. „back stop“) für den einheitlichen Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fund) erwartungsvoll entgegen. Ferner bekräftigen die Staats- und Regierungschefs ihr uneingeschränktes politisches Engagement für die Bankenunion und fordern die Eurogruppe im inklusiven Format auf, auf Konsensbasis einen schrittweisen und zeitlich begrenzten Arbeitsplan für alle noch ausstehenden Elemente auszuarbeiten, der den Weg zu ihrer Vollendung aufzeigt. Schließlich wird dazu aufgerufen, die Fortschritte bei der Vertiefung der Kapitalmarktunion zu beschleunigen. Auf dem nächsten Euro-Gipfel will man sich mit den Fortschritten befassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/euro-summit/2021/12/16/>

C o r o n a

Kommission; Desinformationen über COVID-19: Monitoring verlängert

Die Kommission hat am 03.12.2021 bekannt gegeben, das Berichterstattungsprogramm zu Desinformationen im Zusammenhang mit COVID-19 um weitere sechs Monate, bis Juni 2022, fortzusetzen. Dann wird erneut über die Fortführung entschieden. Seit Juni 2020 müssen die Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen monatlich darüber berichten, welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung von Desinformationen ergreifen. Die Kommission hat außerdem neue Berichte der Online-Plattformen über ihre im September und Oktober ergriffenen Maßnahmen veröffentlicht. Sie zeigen u.a., dass TikTok die Anzahl der Schlüsselwörter/Hashtags erhöht hat, die Tags und Banner mit Informationen über COVID-19 und Impfstoffen hervorrufen können. YouTube hat seine Richtlinien für medizinische Fehlinformationen erweitert, um Behauptungen über Impfstoffe zu erfassen, die dem Konsens der lokalen Gesundheitsbehörden oder der WHO widersprechen. Twitter hat seine Richtlinie zu irreführenden Informationen über Impfstoffe aktualisiert. Microsofts LinkedIn hat die Zusammenarbeit mit Influencern in Europa ausgeweitet, um zuverlässige Botschaften über Impfungen zu verbreiten. Meta/Facebook hat seine Richtlinien zur COVID-19-Impfung für Kinder weltweit aktualisiert, z. B. in Bezug auf falsche Inhalte, die behaupten, dass Impfstoffe für Kinder nicht existieren oder unsicher und ungetestet sind. Ungeachtet dessen hat die Kommission erneut die Notwendigkeit, den Verhaltenskodex zu stärken, betont. Der Kodex wird derzeit überarbeitet. Der neue Vorschlag wird für März 2022 erwartet.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-september-and-october-actions-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

Kommission; Rumänische Impfkampagne unterstützt

Am 14.12.2021 hat die Kommission in ihrer Vertretung in ROM den Startschuss für eine EU-geförderte Informationskampagne zu Impfungen gegeben. Diese umfasst einen Videospot und einen Radiospot, in welchen die Relevanz der Impfungen zur Pandemiebekämpfung dargelegt wird. Der Fernsehspot soll für einen Zeitraum von sieben Wochen ausgestrahlt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6886

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission, Sanktionsmechanismus; Schwarze Liste für Verkehrsunternehmen erweitert

Am 23.11.2021 haben die Kommission und der Hohe Vertreter als Teil der gemeinsamen Reaktion der EU auf die staatlich unterstützte Instrumentalisierung von Menschen an der EU-Außengrenze zu Belarus Maßnahmen vorgeschlagen, um Aktivitäten von Verkehrsunternehmen zu verhindern und einzudämmen, die den Schmuggel oder das Einschleusen von Menschen in die EU begünstigen. Durch den Vorschlag wird das Instrumentarium der EU erweitert, sodass sie sich zukünftig besser gegen hybride Angriffe verteidigen kann. Die jüngsten Ereignisse an den EU-Außengrenzen zu Belarus hätten nicht ohne die Mitwirkung bestimmter Verkehrsunternehmen eintreten können, sodass dadurch hohe Kosten für die Sicherheit an den Außengrenzen der EU sowie für die Stabilität der Region entstanden seien. Zukünftig könne die EU genau diese Verkehrsunternehmen durch den neuen Rechtsrahmen sanktionieren, sodass diesen dann z.B. Betriebseinschränkungen auf dem Unionsmarkt, die Aussetzung von Betriebsgenehmigungen oder Lizenzen, die Aussetzung des Rechtes auf Betankung oder auch ein Flugverbot über dem EU-Luftraum drohen.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication_instrumentalisation_migrants.pdf

Kommission; Global Gateway-Initiative

Am 01.12.2021 hat die Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die Global Gateway Initiative vorgestellt, die das Ziel hat, global smarte, saubere und sichere Kooperationsnetzwerke im Digital-, Energie- und Transportbereich zu schaffen. Die globalen Verbindungen sollen stets nachhaltig und vertrauenswürdig sein und sowohl für den Menschen und den Planeten funktionieren. Demnach sollen in erster Linie die Gesundheit, Bildung und Forschungssysteme in der Welt gestärkt werden, um sich damit den dringendsten globalen Herausforderungen (Klimawandel, Umweltschutz, Gesundheitssicherheit, etc.) entgegenzustellen. Dafür sollen zwischen 2021 und 2027 bis zu 300 Mrd. EUR an Investitionsmasse mobilisiert werden. Die Initiative werde darüber hinaus ihren Schwerpunkt auf grüne Investitionen setzen, um eine Erweiterung des europäischen grünen Deals über die EU hinaus zu fördern. Neben der allgemeinen Schaffung von Investitionsspielräumen werde die EU außerdem eine Exportkreditfazilität schaffen, durch die EU-Unternehmen auch im Ausland auf ein verlässliches Level-Playing-Field zurückgreifen könnten, falls sie mit staatlich subventionierten Unternehmen konkurrieren müssten.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/joint_communication_global_gateway.pdf

Rat; Rat für auswärtige Angelegenheiten vom 13.12.2021

Am 13.12.2021 kamen die Ministerinnen und Minister beim Rat für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um u.a. den jüngsten Truppenaufmarsch Russlands im Grenzgebiet zur Ukraine zu diskutieren. Die EU koordiniere derzeit mit ihren transatlantischen und gleichgesinnten Partnern eine Einschätzung der Lage. Zur Situation in Belarus stellten die Minister fest, dass das fünfte Sanktionspaket Wirkung zeige, sich die Lage im Land verschlechtere, da die Zahl der politischen Gefangenen nunmehr auf über 900 angestiegen sei. Die Minister hielten außerdem fest, dass die EU ihre Beziehungen zu Afrika konkreter, praktischer und sichtbarer gestalten sollte. Schlüsselbereiche seien hier u.a. COVID, Impfstoffverteilung, Frieden oder Sicherheit. Die EU habe zudem ein starkes Interesse an einer Intensivierung des politischen Engagements in Zentralasien, da sich die Region zu einem resilienteren, florierenderen und enger verwachsenen politischen Raum entwickelt habe, der für die EU große Gelegenheiten zur Kooperation biete.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/12/13/>

Rat; EU-Kosovo Stabilisierungs- und Assoziationsrat vom 07.12.2021

Am 07.12.2021 kam der EU-Kosovo Stabilisierungs- und Assoziationsrat zum vierten Mal zusammen, um den Reformfortschritt des Landes zu evaluieren. Dabei wurden die neuesten Entwicklungen zur Erfüllung der politischen, ökonomischen und finanziellen Kriterien, die das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen vorgibt, diskutiert. Beide Seiten stimmten darin überein, dass der Reformprozess fortgesetzt und der zweite Teil der Europäischen Reformagenda umgesetzt werden müsse. Einigkeit bestand auch in der Wichtigkeit von Visaliberalisierungen für das Land bzw. für seine Bürger. Diskutiert wurde ferner, welche Reformen vorrangig angegangen werden müssten und man kam dabei zu dem Entschluss, dass das Engagement der Regierung für die Rechtsstaatlichkeit erweitert werden sollte. Zudem müsse der Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen gestärkt, die Grundrechte geachtet, die öffentliche Verwaltung reformiert, wirtschaftliche Entwicklung und Bildung gefördert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/07/press-statement-following-the-4th-meeting-of-the-eu-kosovo-stabilisation-and-association-council-brussels-7-december-2021/>

Kommission; EU stellt weitere 325 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für Flüchtlinge in der Türkei bereit

Am 02.12.2021 hat die EU weitere 325 Mio. EUR für die Verlängerung des Programms „Soziales Sicherheitsnetz für Notfälle“ (ESSN) bis Anfang 2023 bereitgestellt. Im Rahmen des Programms werden mehr als 1,5 Mio. Flüchtlinge in der Türkei durch monatliche Geldüberweisungen zur Deckung ihres Grundbedarfs unterstützt. Kommissar Lenarčič äußerte hierzu, dass sich die schutzbedürftigen Flüchtlinge in der Türkei nun seit bereits fünf Jahren auf die humanitäre Hilfe der EU verlassen könnten und dies auch weiterhin so sein werde. Die Unterstützung sei für das Leben hunderttausender Familien, von denen viele von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen wurden, von entscheidender Bedeutung. Über das Programm erhalten die bedürftigsten registrierten Flüchtlinge monatliche Geldüberweisungen auf eine Debitkarte, mit der sie dann das bezahlen können, was sie am dringendsten brauchen. Die Mittel sind Teil des insgesamt 3 Mrd. EUR umfassenden Pakets zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei, das Kommissionspräsidentin von der Leyen im Anschluss an den Europäischen Rat vom 25.06.2021 angekündigt hatte. Die Türkei beherbergt nach wie vor weltweit die meisten Flüchtlinge – etwa vier Mio. Menschen. Etwa 3,7 Mio. von ihnen sind Syrer, die vor dem anhaltenden Konflikt in Syrien geflohen sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6470

EU; G7-Außenministertreffen vom 12.12.2021

Am 12.12.2021 kamen die Außenminister der G7-Staaten (Kanada, FRA, DEU, ITL, Japan, GBR und USA) sowie der Hohe Vertreter der EU beim G7-Außenministertreffen in Liverpool zusammen. Anschließend veröffentlichten die Teilnehmer eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Truppenaufmärsche Russlands an der ukrainischen Grenze und die aggressive russische Rhetorik verurteilten. Die Teilnehmer riefen Russland dazu auf, die Situation zu deeskalieren, diplomatische Kanäle zu nutzen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, indem es all seine militärischen Aktivitäten transparent machen müsste. Jegliche Gewaltanwendung, um Grenzverläufe zu verändern, sei nach internationalem Recht strikt verboten. Russland dürfe sich sicher sein, dass weitere militärische Aggressionen gegen die Ukraine massive Konsequenzen nach sich zögen. Die Teilnehmer untermauerten ihr unverändert hohes Engagement für die Souveränität der Ukraine und ihrer territorialen Integrität als auch ihr Recht als souveräner Staat über seine eigene Zukunft zu entscheiden.

https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/107483/G7%20Foreign%20Ministers%27%20statement%20on%20Belarus

EU; Gipfel der Östlichen Partnerschaft vom 15.12.2021

Am 15.12.2021 kamen die Spitzen der EU, ihrer Mitgliedstaaten und die Mitglieder der Östlichen Partnerschaft (EaP) zu ihrem sechsten Gipfeltreffen in Brüssel zusammen. Beim Gipfel präsent waren Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine. Belarus hat die Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft ausgesetzt. Die Teilnehmer betonten, dass die Partnerschaft auf ihren gemeinsamen Werten, Interessen und geteilter Verantwortung basiere und alle Teilnehmer dafür gleichermaßen rechenschaftspflichtig seien. Die Teilnehmer unterstrichen, dass sie ihre gemeinsamen Werte schützen und aufrechterhalten. Diese umfassen u.a. die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Menschenrechten und der Grundfreiheiten sowie den Schutz von Minderheiten. Die EU sei weiterhin entschlossen die territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität aller östlichen Partner zu unterstützen und zu schützen. Besorgt seien die Teilnehmer insbesondere über die andauernde Destabilisierung in vielen Teilen der Östlichen Partnerschaft.

<https://www.consilium.europa.eu/media/53541/20211215-eap-joint-declaration-de.pdf>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 13.-16.12.2021 in Straßburg

Alexej Nawalny erhält den Sacharow-Preis 2021

Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wurde am 15.12.2021 auf einer feierlichen Sitzung im Plenum mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2021 ausgezeichnet. Alexej Nawalny war von der EVP-Fraktion für diese Auszeichnung vorgeschlagen worden. Innerhalb der EVP hatte sich der außenpolitische Sprecher MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) maßgeblich für Nawalny eingesetzt. Die Tochter von Alexei Nawalny, Daria Nawalnaja, nahm im Namen ihres inhaftierten Vaters den Preis entgegen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-12-15-ITM-007_DE.html

Gesetz über digitale Märkte

Das EP nahm am 15.12.2021 im Rahmen des Berichts MdEP Andreas Schwab (EVP/DEU) seinen Standpunkt zum Gesetz über digitale Märkte für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten an. Das vorgeschlagene Gesetz über digitale Märkte verbietet bestimmte Vorgehensweisen großer Plattformen, die mitbestimmen, welche Informationen verbreitet werden. Darüber hinaus ermöglicht es der Kommission, Marktuntersuchungen durchzuführen und Verstöße zu ahnden. Der vom EP mit einer Mehrheit von 642 - 8 - 46 angenommene Text enthält neue Auflagen und Verbote, die unmittelbar für solche Plattformen gelten. Sie sollen für gerechte und offene Märkte sorgen. Die vorgeschlagene Verordnung soll für die großen Anbieter sogenannter zentraler Plattformdienste gelten, die besonders anfällig für unlautere Geschäftspraktiken sind. Dazu gehören Online-Vermittlungsdienste, soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Betriebssysteme, Online-Werbendienste, Cloud-Dienste und Videoplattformen, die nach den entsprechenden Kriterien als Anbieter gelten, die über die Verbreitung von Informationen mitbestimmen. Das EP weitete den Anwendungsbereich des Gesetzes außerdem auf Webbrowser, sprachgesteuerte virtuelle Assistenten und Smart-TV aus. Darüber hinaus nahm das EP Änderungen an den Schwellenwerten vor, ab denen ein Unternehmen als über die Verbreitung von Informationen mitbestimmend gilt. Angepasst wurden auch die damit verbundenen Auflagen und Verbote, darunter neue Bestimmungen für personalisierte Werbung und die Interoperabilität von Dienstleistungen. Weitere Änderungen betreffen Beschränkungen sogenannter Killer-Übernahmen, die Durchsetzung auf EU-Ebene, die Rolle einzelstaatlicher Wettbewerbsbehörden und mögliche Strafzahlungen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0499_DE.html

Debatte zum nächsten EU-Gipfel und zur EU-Reaktion auf erneute Corona-Welle

Am 15.12.2021 betonten die MdEP in einer Plenardebatte mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und der slowenischen Ratspräsidentschaft, dass die Impfung die stärkste und vielversprechendste Waffe gegen die Pandemie bleibt. Sie unterstrichen, dass zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, um die Impfskepsis zu überwinden und die Zahl der geimpften Menschen in Europa und der Welt zu erhöhen. Eine Mehrheit der MdEP sprach sich dafür aus, der zunehmenden Desinformation in Europa durch mehr Transparenz und wissenschaftlich fundierte Kommunikation entgegenzuwirken. Auch wenn viele MdEP die EU als Verfechterin der weltweiten Solidarität anerkannten, wiesen andere darauf hin, dass die derzeitigen Bemühungen um die Bereitstellung von Impfstoffen für den Rest der Welt nicht ausreichen und dass die Menschenrechte bei der Bewältigung der Pandemie eine wichtige Rolle spielen müssen. Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates vom 16.-17.12.2021 forderten viele Redner die Staats- und Regierungschefs auf, eine entschiedene Haltung gegenüber Russland und seinen Bedrohungen der Souveränität der Ukraine sowie gegenüber den Versuchen des Regimes in Belarus einzunehmen, die EU und ihre MS durch hybride Angriffe zu destabilisieren. Die Notwendigkeit, eine Einigung über die Reform der EU-Migrationspolitik zu erzielen, wurde ebenso angesprochen wie die Frage der steigenden Energiepreise. Während einige die Vorstellung kritisierten, dass Gas und Kernenergie umweltfreundlich seien, wiesen andere darauf hin, dass diese Energiequellen beim Übergang zu einer saubereren Wirtschaft eine Rolle spielen können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-12-15-ITM-005_DE.html

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Das EP hat am 14.12.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 590 - 8 – 99 seine Position

für die Verhandlungen mit dem Rat zum internationalen Beschaffungsinstrument (IPI) verabschiedet. Das IPI soll europäischen Firmen öffentliche Beschaffungsmärkte in Ländern öffnen, die diesen Sektor bisher abschotten. Dafür wird für Nicht-EU-Unternehmen der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in der EU beschränkt, wenn diese Firmen aus Ländern kommen, die EU-Unternehmen keinen vergleichbaren Zugang bieten. Dank des neuen Beschaffungsinstruments könnte die Kommission in Zukunft bestimmen, ob und in welchem Umfang Unternehmen aus einem Drittland einer IPI-Maßnahme unterworfen werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0497_DE.html

Weitere Bedrohungen der Grundrechte in POL

In einer Debatte mit Ministerin Anže Logar als Vertreterin des slowenischen Ratsvorsitzes und dem Vizepräsidenten der Kommission für die Förderung der europäischen Lebensweise, Margaritis Schinas, forderten die MdEP am 15.12.2021 den Rat, die Kommission und die MS auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um den kontinuierlichen Verfall der EU-Werte in POL zu stoppen. Verschiedene Redner verwiesen auf die jüngsten besorgniserregenden Entwicklungen, insbesondere auf: das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 24.11.2021, in dem Teile der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) für unvereinbar mit der polnischen Verfassung erklärt wurden, darunter Artikel 6 über das Recht auf ein faires Verfahren; das seit Oktober 2020 geltende De-facto-Abtreibungsverbot und der jüngste Vorschlag der Regierung, Ärzte zu verpflichten, alle Schwangerschaften und Fehlgeburten in einem zentralen Register zu melden - was bereits im Januar 2022 in Kraft treten könnte; die Frage der sogenannten "LGBTIQ-freien Zonen", die das EP seit langem verurteilt, und die mangelnden Fortschritte in den laufenden Verfahren nach Artikel 7 und die Untätigkeit der Kommission bei der Aktivierung des Haushaltskonditionalitätsmechanismus. Einige MdEP betonten jedoch, dass die fraglichen Themen in die ausschließliche Zuständigkeit des Landes fallen, dass die Souveränität POL respektiert werden sollte und dass die Debatte ein weiteres Beispiel für politisch motivierte Angriffe auf die polnische Regierung sei.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-12-15-ITM-014_DE.html

Grünes Licht für das Europäische Jahr der Jugend 2022

Das EP stimmte am 14.12.2021 dafür, im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 in allen EU-Staaten Initiativen und Events für junge Menschen zu organisieren. Das Europäische Jahr der Jugend (EJJ 2022) soll jungen Menschen in Europa, die von der COVID-19-Pandemie betroffen sind, wieder eine positive Perspektive zu geben. Im EJJ 2022 sollen die Prioritäten der Jugend in den relevanten EU-Politikbereichen und bei allen Entscheidungsprozessen besonders Beachtung geschenkt werden. MdEP unterstützten die Entscheidung mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 604 - 25 - 68. Geplant sind im EJJ 2022 unter anderem Konferenzen, Initiativen für mehr Jugendbeteiligung bei der Politikgestaltung, Sensibilisierungskampagnen für eine integrative, grüne und digitale EU sowie Studien und Forschungsarbeiten über die Situation junger Menschen in der EU. Die MdEP haben die Mittel für die Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps um 8 Mio. EUR aufgestockt, um die Aktivitäten des Jugendjahres zu unterstützen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0486_DE.html

Ukraine: Angst vor russischem Einmarsch - Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten

Das EP verurteilt die massive russische Militäraufrüstung an der ukrainischen Grenze. In einer am 16.12.2021 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 548 - 69 - 54 angenommenen Entschließung fordern die MdEP die russische Regierung auf, ihre

Streitkräfte unverzüglich zurückzuziehen und die Ukraine nicht weiter zu bedrohen. Die MdEP betonen, dass die militärische Aufrüstung eine Bedrohung für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit in Europa darstellt. Der Truppenaufmarsch sei aber auch ein Instrument, um dem Westen politische Zugeständnisse auf Kosten der Ukraine abzurufen. Mit Blick auf die ukrainischen Bestrebungen der NATO beizutreten, heißt es in der Entschließung, dass "die Wahl der Bündnisse eines Landes nicht von der Zustimmung eines Drittlandes abhängen darf". Die MdEP weisen alle die Versuche Russlands zurück, einige Länder in seine "Einflusssphäre" einzubeziehen, um deren Zukunft zu gestalten. Die EU muss bereit sein, Russland eine deutliche Warnung zukommen zu lassen, dass militärische Feindseligkeiten gegen die Ukraine nicht nur inakzeptabel sind, sondern auch einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis haben werden, heißt es in dem Text. Die MS müssen bereit sein, sich rasch auf strenge wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen die russische Regierung zu einigen, um der unmittelbaren Bedrohung zu begegnen, und nicht auf eine weitere Invasion zu warten, bevor sie Maßnahmen ergreifen. Es sollte auch das Einfrieren von Finanz- und Sachwerten in der EU, Reiseverbote, den Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem, die gezielte Ansprache von für die russische Wirtschaft wichtigen Sektoren und die Unterbrechung der Finanzierung der Geheimdienste und des Militärs des Landes beinhalten. Die MdEP fordern außerdem, dass die EU glaubwürdige Schritte unternimmt, um ihre Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu verringern und eine stärkere Energiesolidarität mit der Ukraine zu zeigen. Dies sollte durch eine engere Verknüpfung der Energieinfrastrukturen der EU und der Ukraine geschehen. Die Entschließung fordert, dass die Nord Stream 2-Pipeline nicht in Betrieb genommen werden sollte, unabhängig davon, ob sie irgendwann die Bestimmungen der EU-Gasrichtlinie erfüllt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0515_DE.html

S&D-Fraktion wählt Fraktionsvorstand

Am 15.12.2021 hat die S&D-Fraktion im EP die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) hatte sich bereits am 17.11.2021 per Akklamation für die zweite Hälfte der Legislatur bestätigen lassen. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sind die MdEP Simona Bonafé (ITL), Alex Agius Saliba (MTA), Pedro Marques (PTL), Heléne Fritzon (SWE), Mohammed Chahim (NDL), Marek Belka (POL), Rovana Plumb (ROM), Gabriele Bischoff (DEU) und Biljana Borzan (KRO).

SPD-Gruppe im EP bestätigt Vorstand

Am 14.12.2021 hat die SPD-Gruppe im EP ihren Vorstand (Leitungsgremium der Europa-SPD) bestehend aus den MdEP Jens Geier (Vorsitzender), Constanze Krehl, Joachim Schuster, Delara Burkhardt und Tiemo Wölken wiedergewählt.

ECR-Fraktion wählt Fraktionsvorstand

Die MdEP der ECR-Fraktion haben am 14.12.2021 ihre Ko-Vorsitzenden MdEP Ryszard Legutko (POL) und MdEP Raffaele Fitto (ITL) für die zweite Hälfte der Legislatur wiedergewählt. Fitto und Legutko waren die einzigen Kandidaten für den Ko-Vorsitz der Fraktion. Darüber hinaus wurden die MdEP Assita Kanko (BEL), Peter Lundgren (SWE), Robert Roos (NDL), Beata Szydło (POL), Hermann Tertsch (ESP) und Robert Zile (LET) zu Vizepräsidenten der Fraktion gewählt. Die MdEP Angel Dzhambazki (BUL) und Kosma Zlotowski (POL) werden als Ko-Schatzmeister der Fraktion fungieren. Die Fraktion nominierte auch MdEP Robert Zile (LET) als Kandidaten für das Amt eines der 14 Vizepräsidenten des EP und MdEP Karol Karski (POL) als Kandidaten der ECR für das Amt eines der fünf Quästoren des EP. Bereits

am 07.12.2021 nominierte die ECR-Fraktion MdEP Kosma Złotowski als ihren Kandidaten für das Amt des EP-Präsidenten.

https://ecrgroup.eu/article/legutko_and_fitto_to_stay_on_as_ecr_group_co_chairmen

GRÜNE Fraktion wählt Fraktionsvorstand

Am 14.12.2021 hat die GRÜNE Fraktion im EP ihren Vorstand für die zweite Hälfte der Legislatur gewählt: Die MdEP Ska Keller (DEU) und Philippe Lamberts (BEL) wurden als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt und die MdEP Alice Kuhnke (SWE), Ernest Urtasun (ESP), Terry Reintke (DEU), Marie Toussaint (FRA), Kira Peter-Hansen (DNK), Bas Eickhout (NDL) und Jordi Solé (ESP) wurde als Stellvertreter gewählt. Darüber hinaus hat die deutsche Gruppe der GRÜNEN MdEP Rasmus Andresen zum Nachfolger von Sven Giegold als Vorsitzenden gewählt.

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; 147. AdR-Plenarsitzung

Am 01. /02.12.2021 fand als Hybridsitzung das 147. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Bessere Rechtsetzung“, „Europas Plan gegen den Krebs“, „die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität“, „Europäisches Konzept für künstliche Intelligenz – Gesetz über künstliche Intelligenz“, „Beseitigung der Obdachlosigkeit in der EU“, „Entschlüsse zu dem Vorschlag für ein Europäisches Jahr der Jugend“, „Entschlüsse zum Arbeitsprogramm der Kommission und zu den politischen Prioritäten des AdR für 2022“, „EU-Aktionsplan für ökologische/biologische Landwirtschaft“, „Nachhaltige blaue Wirtschaft und Aquakultur“, „Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa“, „Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 2020“ sowie „die geschlechtsspezifische Dimension der Struktur- und Kohäsionsfonds 2021 - 2027 mit Schwerpunkt auf der Vorbereitung der operationellen Programme“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Renaud Muselier, Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d’Azur (FRA) und stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung der französischen Regionen „Régions de France“, mit Emmanuel Macron, Präsident der Französischen Republik sowie mit Nicolas Schmit, für Beschäftigung und soziale Rechte zuständiges Mitglied der Kommission.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174002&meetingSessionId=2216856>

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 10.12.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Stellungnahmeentwurf „auf dem Weg zu einem emissionsfreien Straßenverkehr: Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Verschärfung von CO2-Emissionsnormen“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174198&meetingSessionId=2217084>

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 13.12.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden Abstimmungen über den Stellungnahmeentwurf „Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027“ statt. Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche zu folgenden Themen statt: „Neues Europäisches Bauhaus: attraktiv – nachhaltig – gemeinsam“ sowie „Europäische Missionen“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174152&meetingSessionId=2217038>

AdR; ECON-Fachkommissionsitzung

Am 14.12.2021 fand eine virtuelle Sitzung der ECON-Fachkommission für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden folgende Diskussionen statt: „lokale und regionale Finanzen und Investitionen nach der COVID-19-Pandemie“, „Beziehungen zwischen der EU und GBR“, „jüngste Entwicklungen im internationalen Handel der EU und Durchsetzung der EU“, sowie Handelsabkommen „digitaler Zusammenhalt im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173880&meetingSessionId=2216704>

Wirtschaft

EuGH; Urteil zu Antidumpingzöllen auf Solarglas aus China aufgehoben

Der EuGH hat mit Urteil vom 02.12.2021 in den verbundenen Rechtssachen C-884/19 P und C-888/19 P über die Beweislast und die Auslegung der Verordnung, welche das Erheben von Antidumpingzöllen gegen chinesische Unternehmen mit staatlicher Förderung erlaubt, entschieden. Das Urteil gibt den Rechtsmitteln der Kommission und der GMB Glasmanufaktur Brandenburg GmbH (GMB) statt, indem es die Beweislast dem Hersteller, welcher eine Marktwirtschaftsbehandlung begehrt, zuordnet. Die Entscheidung über die Auslegung erfolgt auch zugunsten der Rechtsmittel von Kommission und GMB und setzt weitere Anforderungen an den Antragsteller einer Marktwirtschaftsbehandlung. Der EuGH hat in seiner Prüfungskompetenz abschließend den ersten Klagegrund des chinesischen Unternehmens Xinyi PV Products Anhui Holdings Ltd abgelehnt und das Verfahren bzgl. der anderen Klagegründe an das Gericht der EU zurückverwiesen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250401&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU und weitere 17 Mitgliedstaaten wegen fehlender Umsetzung der Richtlinie für Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Berufsreglementierung

Die Kommission hat am 02.12.2021 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 18 Mitgliedstaaten, darunter DEU, eingeleitet, aufgrund der Missachtung der Umsetzungsverpflichtung von EU-Vorschriften zur Bewertung der Verhältnismäßigkeit neuer Berufsreglementierungen. Gemäß der 2018 erlassenen Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor dem Erlass neuer Berufsreglementierungen, müssen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass die von ihnen eingeführten Anforderungen für Berufe notwendig und ausgewogen sind. Die Richtlinie soll garantieren, dass qualifizierten Bewerbern nicht unnötig der Berufseinstieg durch nationale Vorschriften erschwert wird. Die Kommission hat als Probleme u.a. identifiziert, dass erlassene Reglementierungen z.B. von Berufsverbänden nicht ausreichend von den Mitgliedstaaten berücksichtigt wurden, die Kriterien der Verhältnismäßigkeitsprüfung, etwa im Hinblick darauf, ob die neue Reglementierung angesichts bereits bestehender Vorschriften überhaupt notwendig ist, nicht richtig umgesetzt wurde. Zudem beanstandet sie, dass es in den Mitgliedstaaten keine ausreichenden Vorkehrungen für die erforderlichen verfahrenstechnischen Garantien geben würde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6389

Kommission; Projekte mit Beteiligung aus DEU erhalten Preis der RegioStars 2021

Die Kommission hat am 02.12.2021 die Gewinner der „REGIOSTARS Awards 2021“ bekannt gegeben. Damit zeichnet die Kommission die EU-weit besten Projekte im Bereich der Kohäsionspolitik aus. Auch zwei Projekte mit Beteiligung aus DEU sind unter den Gewinnern, ein bedarfsorientiertes Fortbildungsprogramm namens „TREE“ für Fachkräfte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit sowie das Projekt „BEGIN“, das Städte, Bürgerinnen und Bürger und Interessenträger in Form „blau-grüner“ Infrastrukturprojekte in zehn Städten in DEU (Hamburg), NDL, GBR, SWE, BEL und Norwegen zusammenführt.

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/regio-stars-awards/

Welthandelsorganisation; Einigung auf ein weitreichendes Übereinkommen zur Vereinfachung des Dienstleistungshandels

Am 02.12.2021 haben 67 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), darunter auch die EU, die Verhandlungen über ein wegweisendes Übereinkommen zum Bürokratieabbau im Dienstleistungshandel abgeschlossen. Durch die „Gemeinsame Initiative zur internen Regulierung von Dienstleistungen“ sollen unnötig komplizierte Regelungen vereinfacht werden. Daneben sollen Verfahrenserleichterungen eingeführt werden, um Hürden abzubauen, mit denen insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen konfrontiert sind.

<https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/L/1129.pdf&Open=True>

Eurostat; Veröffentlichung eines interaktiven Datenvisualisierungstools

Eurostat hat ein interaktives Datenvisualisierungstool zur Erfassung von Wirtschaftstrends überarbeitet und diese Überarbeitung am 02.12.2021 ins Netz eingestellt. Das Tool ermöglicht, die wirtschaftliche Lage in verschiedenen Mitgliedstaaten zu vergleichen. Daneben kann die wirtschaftliche Lage einzelner Mitgliedstaaten auch mit der EU und der Eurozone im Ganzen verglichen werden. Im Tool können 22 wirtschaftliche Schlüsselindikatoren als Vergleichsfaktoren ausgewählt werden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/wdn-20211202-1>

Kommission; Bericht über die Durchführung von Finanzinstrumenten im Jahr 2020

Die Kommission hat am 02.12.2021 ihren jährlichen zusammenfassenden Bericht über die Durchführung von Finanzinstrumenten im Jahr 2020 veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie andere Begünstigte in der EU im Jahr 2020 mit insgesamt 29 Mrd. EUR finanziert wurden. 21,6 Mrd. EUR davon (darunter 7 Mrd. EUR für Betriebskapital) stammten aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Damit konnten insgesamt 478.000 KMU unterstützt werden, einschließlich 375.000 Kleinstunternehmen.

https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/thefunds/fin_inst/pdf/summary_data_fi_1420_2020.pdf

Kommission; Vorschlag für ein neues handelspolitisches Instrument gegen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten

Die Kommission hat am 08.12.2021 einen Verordnungsvorschlag für ein neues handelspolitisches Instrument gegen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten vorgelegt („Anti-coercion Instrument“). Ziel ist es, Drittstaaten davon abzuhalten, Handel oder Investitionen einzuschränken oder mit solchen Einschränkungen zu drohen, um eine Änderung der EU-Politik in Bereichen wie z.B.

Klimawandel, Steuern oder Lebensmittelsicherheit zu bewirken. Kommt es dennoch zu Handelskonflikten, sieht das Instrument eine mehrstufige Konfliktlösung vor, welche von „Monitoring“, „Assessment“, Streitschlichtung oder Gerichtsverfahren bis hin zum Erlass von Gegenmaßnahmen reicht. Durch die Verordnung soll die Kommission ermächtigt werden, Handels-, Investitions- oder andere Beschränkungen gegenüber jedem Drittstaat einzuführen, welcher sich ungebührlich, im Sinne einer wirtschaftlichen Nötigung, in die politischen Entscheidungen der EU oder ihrer Mitgliedstaaten einmischt. Die Kommission hat zu dem Verordnungsvorschlag auch eine Konsultation für den Zeitraum vom 10.12.2021 bis zum 07.02.2022 gestartet.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/december/tradoc_159958.pdf
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12803-Handel-Mechanismus-um-Zwangsmaßnahmen-durch-Nicht-EU-Länder-abzuwenden-und-diesen-entgegenzuwirken_de

Konsultation; öffentliche Konsultation zum Rechtsrahmen für Industrieprodukte

Die Kommission hat am 13.12.2021 eine Konsultation zum Rechtsrahmen für Industrieprodukte in der EU gestartet, die bis zum 07.03.2022 läuft. Es soll zunächst evaluiert werden, ob der bestehende Rechtsrahmen aus 2008 weiterhin den Anforderungen einer digitalen und kreislauforientierten Wirtschaft gerecht wird. Schwerpunkte der Evaluierung sind Updates und Upgrades von Soft- und Hardware, der Bereich Sanieren und Reparieren und Konformitätsbewertung und Akkreditierung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12654-Industrieprodukte-Evaluierung-des-neuen-Rechtsrahmens_de

Kommission; Fördergebietskarte von DEU für die Gewährung von Regionalbeihilfen für den Zeitraum 2022-2027 genehmigt

Die Kommission hat am 15.12.2021 die Fördergebietskarte von DEU für die Gewährung von Regionalbeihilfen für den Zeitraum 01.01.2022 bis zum 31.12.2027 genehmigt. Im Vorfeld des Inkrafttretens der neuen Regionalbeihilfeleitlinien, die am 01.01.2022 in Kraft treten, hatte DEU seine Fördergebietskarte, d.h. die Gebiete, die für regionale Investitionsbeihilfen in Betracht kommen und die Beihilfeshöchstintensitäten in den jeweiligen Fördergebieten der Kommission zur Genehmigung vorgelegt. Nach den überarbeiteten Regionalbeihilfeleitlinien kommen Gebiete, in denen 18,1% der Bevölkerung von DEU (rund 15 Mio. Einwohner) leben, für regionale Investitionsbeihilfen nach der Ausnahme des Artikels 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV in Betracht (sogenannte nicht prädefinierte C-Fördergebiete). Die Kommission hat Gebiete aus 14 Ländern in DEU als sogenannte nicht prädefinierte C-Fördergebiete ausgewiesen. In Hessen ist der Werra-Meißner-Kreis als nicht prädefiniertes C-Fördergebiet ausgewiesen worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6831

Kommission; EU verpflichtet sich gegenüber der Welthandelsorganisation, die Rolle des Handels im Kampf gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz zu stärken

Die Kommission hat sich am 15.12.2021 verpflichtet, die Rolle des Handels im Kampf gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz zu stärken. Sie hat drei neue Initiativen zur Intensivierung gemeinsamer Maßnahmen in der Welthandelsorganisation (WTO) unterzeichnet und damit ein politisches Signal für die Verfolgung einer starken Umweltagenda im Handel gesetzt. Im Rahmen der neuen Initiative für Handel und ökologische Nachhaltigkeit haben sich inklusive der EU 71 WTO-Mitglieder bereit erklärt, handelsbezogene Klimamaßnahmen und -politiken zu erörtern, die am besten zur Erreichung von Klima- und Umweltzielen beitragen können. Die zweite Initiative, die von insgesamt 45 WTO-Mitgliedern unterzeichnet

wurde, behandelt die geplante Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe. Die Mitglieder haben sich vorgenommen, neben den Reformansätzen auch neue Regelungen zur Verbesserung der Transparenz der Subventionen für fossile Brennstoffe auszuarbeiten. Insgesamt 67 WTO-Mitglieder unterschrieben zudem die Initiative gegen Kunststoffverschmutzung und zum nachhaltigen Kunststoffhandel. Innerhalb der Initiative soll ein Austausch über bewährte Verfahren stattfinden, um die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder bei der Bekämpfung der Kunststoffverschmutzung zu unterstützen.

<https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/MIN21/6R2.pdf&Open=True>

<https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/MIN21/9R1.pdf&Open=True>

<https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/WT/MIN21/8R2.pdf&Open=True>

Kommission; „Aufbau- und Resilienzscoreboard“ Online-Plattform

Die Kommission hat am 15.12.2021 eine Online-Plattform unter dem Namen „Aufbau- und Resilienzscoreboard“ gestartet. Sie ist in erster Linie darauf gerichtet, den Bürgerinnen und Bürgern in transparenter Weise darzustellen, welche Fortschritte bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität erreicht wurden. Die Plattform soll dabei die Erreichung der Etappenziele und Zielwerte und die Auszahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität darstellen. Sie enthält auch spezifische, von der Kommission zusammengestellte Daten wie z.B. die Ausgaben nach Politikbereichen und eine Aufschlüsselung der ökologischen, digitalen und sozialen Ausgaben der Fazilität. Daneben werden auch die von den Mitgliedstaaten erhobenen Daten zu 14 gemeinsamen Berichterstattungsindikatoren zusammengeführt. Die am 15.12.2021 veröffentlichte Fassung erhält die Daten zu den von der Kommission und vom Rat zwischenzeitlich gebilligten 22 Plänen der Mitgliedstaaten, darunter auch den Plan von DEU.

https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html

Kommission; Bericht zum Europäischen Cluster-Panorama 2021

Die Kommission hat am 16.11.2021 die Ausgabe des Europäischen „Cluster“-Panoramas für das Jahr 2021 veröffentlicht. Der Bericht stellt die derzeit in Europa bestehenden Cluster dar und geht auf ihre Rolle bei der Förderung widerstandsfähiger, grüner und digitaler industrieller Ökosysteme ein. Er setzt sich hierbei mit den Auswirkungen auf die 14 industriellen Ökosysteme, welche in der aktualisierten Industriestrategie identifiziert wurden, auseinander. Der Bericht zeigt, dass die Cluster am stärksten in den industriellen Ökosystemen der Bereiche Digitaltechnik, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Gesundheit und erneuerbare Energien vertreten sind. Für Hessen führt der Bericht ein Cluster im Bereich Bioökonomie in Ballungsgebieten und in der Metropolregion Rhein-Neckar auf. Insgesamt listet der Bericht 1.000 Cluster-Organisationen auf. Laut dem Bericht machen die Cluster ca. 25% der EU-Beschäftigung aus. Über 80% der europäischen Clusterorganisationen würden Unternehmen beim digitalen Wandel unterstützen und mehr als 60% würden den grünen Wandel unterstützen.

https://clustercollaboration.eu/sites/default/files/2021-12/European_Cluster_Panorama_Report_0.pdf

Rat; Ratssitzung zu den Themen „Weltraum für alle“ und Entwicklung und Finanzierung des „New Space“

Am 26.11.2021 fand die Sitzung des Rats Wettbewerbsfähigkeit, Teil Raumfahrt, statt. Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zum Thema „Weltraum für alle“. Zudem fand eine Orientierungsaussprache zu dem Thema „Langfristige Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung und Finanzierung des New Space“ statt. Die SLO-Ratspräsidentschaft stellte im Anschluss einen Bericht zum Weltraumverkehrsmanagement vor. Unter Verschiedenes stellten sodann die Kommission und die SLO-Ratspräsidentschaft die Pläne zum Aufbau eines weltraumgestützten sicheren Kommunikationssystems der EU vor. Zentrale Elemente der geplanten Initiativen sind die verbesserte Nutzung von Weltraumdaten auch für den digitalen und grünen Wandel und der Zugang zum Weltraum und die Beobachtung und Verfolgung von Objekten im All zur Unterstützung der strategischen Autonomie der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/11/26/>

Kommission; Europäisches Netzwerk der "U-Space"-Akteure geht in Implementierungs-Phase

Die Kommission hat am 30.11.2021 das Europäische Netzwerk der "U-Space"-Akteure unter erweitertem Projektumfang wiederbelebt. Beteiligt am Netzwerk sind die Kommission, die Europäische Agentur für Flugsicherheit, das „Single European Sky ATM Research Programme“ (SESAR), bei dem es sich um eine Initiative zur Vereinheitlichung, Harmonisierung und Synchronisierung der Dienste im Rahmen des europäischen Flugverkehrsmanagements handelt und die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL). Bisher hatte sich das Netzwerk darauf beschränkt, als Forum zum Wissensaustausch darüber, wie der Drohnenbetrieb sicher und umweltfreundlich gestaltet werden kann, zu dienen. Nachdem für den „U-Space“ im April 2021 mit einer Durchführungsverordnung der Kommission ein Rechtsrahmen geschaffen wurde, konzentriert sich das Netzwerk nun auf deren Implementierung.

https://transport.ec.europa.eu/news/aviation-european-network-u-space-stakeholders-re-launched-2021-11-30_en

Kommission; Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für die Umsetzung der gemeinsamen Grundsätze der Luftsicherheit

Die Kommission startete am 30.11.2021 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für die Umsetzung der gemeinsamen Grundsätze der Luftsicherheit. Dabei bezieht sich die Konsultation auch auf die aktualisierte Liste der Drittländer, die Sicherheitsstandards anwenden, die den gemeinsamen Grundstandards der EU gleichwertig sind. Die Konsultationsfrist endet am 28.12.2021.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13289-Commission-Implementing-Regulation-amending-Implementing-Regulation-EU-2015-1998_de

Kommission; Beihilfeverlängerung zur Luftverkehrssteuer für Flüge von und zu kleinen Inseln in DEU genehmigt

Die Kommission hat am 30.11.2021 die von DEU beantragte Verlängerung einer bestehenden Beihilferegelung genehmigt, die Flüge mit ausgewählten Gruppen von Fluggästen von und zu bestimmten kleinen und abgelegenen deutschen Inseln von der Luftverkehrssteuer befreit. Die ursprünglich bis 31.12.2021 genehmigte Regelung

wird damit bis zum 31.12.2027 verlängert. Die Regelung befreit Anwohner der Inseln, Fluggästen, die eine medizinische Behandlung benötigen, und für Beamte, die auf den Inseln arbeiten von der Luftverkehrssteuer und zielt darauf ab die Verbindungen zwischen dem Festland und den Inseln zu verbessern.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-genehmigt-beihilfeverlangerung-zur-luftverkehrssteuer-fur-fluge-von-und-zu-kleinen-inseln-2021-11-30_de

Kommission; EU und das Sultanat Oman haben ein umfassendes Luftverkehrsabkommen paraphiert

Die EU und das Sultanat Oman haben am 01.12.2021 ein umfassendes Luftverkehrsabkommen paraphiert. Dieses Abkommen, das zweite seiner Art mit einem Partnerland in der Golfregion, wird die Luftverkehrsbeziehungen zwischen der EU und Oman durch einen schrittweisen Prozess der Marktöffnung und der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen verbessern und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen.

https://transport.ec.europa.eu/news/aviation-eu-and-sultanate-oman-initial-aviation-agreement-2021-12-01_en

Eurostat; Veröffentlichung einer Statistik über den Luftverkehr im Jahr 2020

Eurostat hat am 06.12.2021 eine Statistik über den Luftverkehr veröffentlicht. Im Jahr 2020 belief sich die Gesamtzahl der Flugreisenden in der EU auf 277 Mio., was einem deutlichen Rückgang von 73% gegenüber 2019 entspricht.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/edn-20211206-1>

Rat; Orientierungsaussprache zu den „Fit für 55“ Vorschlägen im Verkehrsbereich

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie, Teil Verkehr, tagte am 09.12.2021. Es fand eine Aussprache über die drei einzelnen Legislativvorschläge des „Fit für 55“-Pakets im Verkehrsbereich statt. Die SLO-Ratspräsidentschaft legte Fortschrittsberichte zu den einzelnen Vorschlägen vor. Zunächst wurde der Vorschlag, gleiche Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr zu schaffen (ReFuelEU Aviation), diskutiert. Während der Vorschlag größtenteils positiv vom Rat angesehen wurde, gab es im Einzelnen auch Kritikpunkte. So betonten mehrere Delegationen, dass die Konnektivität erhalten bleiben und den besonderen Umständen der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden müsse. Zudem bestehe die Gefahr, durch unzureichende Produktions- und Vertriebskapazitäten eine Marktfragmentierung auszulösen. Daneben wurden Bedenken hinsichtlich der Haushaltsvorschriften für die Verwendung von Einnahmen aus Geldbußen geäußert. Sodann wurde der Vorschlag zur Förderung der Verwendung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime) erörtert. Der Rat kam zu dem Ergebnis, dass weitere Beratungen notwendig sind, um den Vorschlag weiter zu prüfen. Es folgte die Aussprache zum Entwurf einer Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR). Hier gab es breite Unterstützung für die Ziele und den Ansatz des Vorschlags. Viele Delegationen bekräftigten jedoch, dass es keine Einheitslösung gibt und deshalb Flexibilität erforderlich ist, um den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/12/09/>

Kommission; Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf die Erbringung von Flugsicherungsdiensten in Europa und den USA

Am 08.12.2021 hat die Kommission einen Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf die Erbringung von Flugsicherungsdiensten in Europa und den USA vorgestellt.

Der Bericht wurde im Rahmen des Memorandums der Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU, von der „Air Traffic Organization“ der „Federal Aviation Administration“ (FAA/ATO) und der europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) im Auftrag der Kommission erstellt. Er zielt darauf ab, das Verständnis für die wirtschaftlichen und betrieblichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die beiden Flugsicherungssysteme zu verbessern. Der Bericht zeigt, dass der Luftverkehr in den USA 2020 um 33,5% zurückging, was einem Rückgang von 5,3 Mio. Flügen im Vergleich zu 2019 entspricht. In der EU ging die Zahl der Flüge im Jahr 2020 um 55,2% zurück, was einem Rückgang von 6,1 Mio. Flügen im Vergleich zu 2019 entspricht. Der Bericht legt nahe, dass der stärkere Rückgang in der EU mit Unterschieden in der Marktzusammensetzung und den unterschiedlichen nationalen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie verbunden ist. Dies könnte durch Vereinheitlichungen und Vereinfachungen der COVID-19 Bestimmungen positiv verändert werden. So geht der Bericht davon aus, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU bereits zu einer Erholung des Verkehrs innerhalb Europas beitragen könnte.

https://transport.ec.europa.eu/news/special-report-impact-covid-19-air-navigation-service-provision-europe-and-us-2021-12-08_en

Kommission; Aktionsplan zur Stärkung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken

Die Kommission hat am 14.12.2021 eine Mitteilung über einen „Aktionsplan zur Stärkung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken“ veröffentlicht. Der Aktionsplan soll die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität der Kommission ergänzen. Der Plan konzentriert sich dabei auf zwei Themenkomplexe. Erstens, die vollständige und ordnungsgemäße Anwendung des bestehenden EU-Rechtsrahmens für den Schienenverkehr, einschließlich der Abschaffung redundanter nationaler Vorschriften zu erreichen und zweitens, Hindernisse für den Schienenpersonenverkehr auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken zu beseitigen. In dem Plan wird für 2022 u.a. ein Legislativvorschlag über multimodales Reisen angekündigt, um u.a. die Fahrscheinsysteme im grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehr in Europa zu verbessern.

https://transport.ec.europa.eu/system/files/2021-12/com_2021_810_action-plan-to-boost-long-distance-and-cross-border-passenger-rail.pdf

Kommission; Verordnungsentwurf für Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes

Die Kommission hat am 14.12.2021 einen Verordnungsentwurf für Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) veröffentlicht. Das TEN-V ist geplant als EU-weites Netz von Schienenwegen, Binnenwasserstraßen, Kurzstreckenseeverkehrswegen und Straßen. Es soll 424 Großstädte mit Häfen, Flughäfen und Eisenbahnterminals verbinden und die Reisezeiten zwischen diesen Städten verkürzen. So sollen Reisende beispielsweise zwischen Kopenhagen und Hamburg in 2,5 Stunden mit dem Zug reisen können, statt der heute benötigten 4,5 Stunden. Der Verordnungsentwurf setzt neue Ziele fest, die bis zum Jahr 2040 erreicht werden müssen. Darunter Mindest-Geschwindigkeitsanforderungen auf allen „wichtigen“ Bahnstrecken, die Verpflichtung, mehr Umschlagterminals mit höheren Kapazitäten einzurichten. Die 424 beteiligten Großstädte sollen bis 2025 Pläne für nachhaltige städtische Mobilität (SUMP) ausarbeiten.

https://transport.ec.europa.eu/system/files/2021-12/COM_2021_812_proposal_for_a_regulation_0.pdf

Kommission; Ausdehnung der Transeuropäischen Netze Verkehr auf benachbarte Drittstaaten

Die Kommission hat am 14.12.2021 eine Mitteilung über die Ausdehnung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) auf benachbarte Drittstaaten veröffentlicht. Die Idee dahinter ist, dass der Schienenverkehr im Mittelpunkt der Strategie für eine nachhaltigere Mobilität in der EU steht, im Zeitraum 2001-2018 aber nur 7% der zurückgelegten Bahnkilometer auf grenzüberschreitende Reisen entfielen. Die in der Mitteilung genannten Ziele sind, den Ausbau eines interoperablen und multimodalen Verkehrsnetzes zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern weiter zu fördern und im Rahmen der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik eine engere Zusammenarbeit und Integration mit den Regionen zu gewährleisten. Mit dem Ausbau der Verkehrsnetze soll auch eine Erleichterung des Handels und der wirtschaftlichen Integration voran geführt werden. Dadurch sollen Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer näher mit der EU verbunden werden.

https://transport.ec.europa.eu/system/files/2021-12/COM_2021_820.pdf

Kommission; Neuer EU-Rahmen für urbane Mobilität

Die Kommission hat am 14.12.2021 eine Mitteilung zum neuen EU-Rahmen für urbane Mobilität veröffentlicht. Darin werden Maßnahmen und Leitlinien zur Bewältigung der Luftverschmutzung, der Verkehrsüberlastung, der Zugänglichkeit und der urbanen Straßenverkehrssicherheit festgelegt. Daneben wird die Zunahme des elektronischen Handels und anderer Herausforderungen der urbanen Mobilität thematisiert. Der neue Rahmen soll dabei unterstützen, nachhaltige Mobilität, eine umfangreichere Digitalisierung für urbane Mobilität und eine emissionsfreie Stadtlogistik auf- bzw. auszubauen. Das Monitoring der Umsetzung der Strategie und Maßnahmen sollen weiter ausgebaut werden, um relevante Daten für die Weiterentwicklung der urbanen Mobilität zu erhalten. Die Kommission setzt auch bei dem neuen Rahmen für urbane Mobilität zunächst ihren Fokus auf die städtischen Knotenpunkte im transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V), daneben soll aber auch ein gemeinsamer Rahmen für alle EU-Städte, für den Übergang hin zu einer nachhaltigeren und intelligenteren städtischen Mobilität geschaffen werden.

https://transport.ec.europa.eu/system/files/2021-12/com_2021_811_the-new-eu-urban-mobility.pdf

Kommission; Richtlinienentwurf für Intelligente Verkehrssysteme

Die Kommission hat am 14.12.2021 einen Richtlinienentwurf für intelligente Verkehrssysteme veröffentlicht. Die Richtlinie aus 2010 soll aktualisiert und an die neuen Mobilitätsoptionen im Straßenverkehr, Mobilitäts-Apps und die vernetzte und automatisierte Mobilität angepasst werden. Der Richtlinienentwurf soll die bestehenden Probleme von mangelnder Interoperabilität und Kontinuität von Anwendungen, Systemen und Diensten, die fehlende Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten und ungelöste Fragen im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit und gemeinsame Nutzung von Daten angehen. Daneben soll der Anwendungsbereich der Richtlinie erweitert werden, um der Entwicklung von neuen Diensten besser Rechnung zu tragen. Dies betrifft z. B. multimodale Informations-, Buchungs- und Ticketausstellungsdienste (z. B. Apps zur Ermittlung und Buchung von Reisen, die eine Kombination aus öffentlichen Verkehrsmitteln, Car- und Bike-Sharing nutzen), die Kommunikation zwischen Fahrzeug und Infrastruktur und die automatisierte Mobilität.

https://transport.ec.europa.eu/system/files/2021-12/COM_2021_813_proposal.pdf

Kommission; Bericht über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms

Am 26.11.2021 hat die Kommission ihren Bericht über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung (EEPR) und die Inanspruchnahme des Europäischen Energieeffizienzfonds veröffentlicht. Dabei wird die Umsetzung der Projekte unter dem Europäischen Energieprogramm zur Konjunkturbelebung für das Jahr 2020 ausgewertet. Das EEPR finanziert seit 2009 Projekte in Schlüsselbereichen des Energiesektors wie Gas- und Elektrizitätsinfrastruktur, Offshore-Windenergie und Kohlenstoffabscheidung und -speicherung. Im Bereich der Gas- und Strominfrastrukturen konnten bereits 38 Projekte abgeschlossen werden; zwei Projekte laufen derzeit noch. Im Bereich „Carbon Capture and Storage“ (CCS) konnte dagegen nur eins der neun Projekte abgeschlossen werden, weil sich die Projektträger gegen Investitionen in kommerzielle CSS-Demonstrationsvorhaben entschlossen. Insgesamt wurden im Jahr 2020 über 25 Mio. EUR (abzüglich der Einziehungsanordnungen) für Investitionen im Rahmen des EEPR getätigt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0670&from=DE>

Kommission; Neue Plattform zur Erleichterung des statistischen Transfers von erneuerbaren Energien

Die Kommission hat am 29.11.2021 eine neue Plattform vorgestellt, die den statistischen Transfer von erneuerbaren Energien zwischen den Mitgliedstaaten (MS) erleichtern soll. Die „Union Renewable Development Platform“ (URDP) bietet einen Überblick über den Überschuss an Statistiken in den 27 MS und verfügt über einen "Matching-Mechanismus", der Optionen für potenzielle Vereinbarungen für statistische Transfers und die damit verbundenen Bedingungen wie Mengen und Preise aufzeigt. Daneben gibt die Plattform Hilfestellung bei der Vorbereitung von Verträgen für den Energietransfer. Der statistische Transfer ist einer von drei Arten von Kooperationsmechanismen für erneuerbare Energien, die im Rahmen der Richtlinien über erneuerbare Energien eingerichtet wurden.

<https://union-renewables-development-platform.ec.europa.eu/>

Kommission; European Clean Hydrogen Alliance kündigt über 750 neue Projekte an

Die European Clean Hydrogen Alliance (ECHA) kündigte am 30.11.2021 eine Reihe von Projekten an, die die europäische Industrie in Angriff nimmt, um die europäische Wasserstoffwirtschaft in großem Maßstab einzuführen. Dies geschieht auch im Förderrahmen der sogenannten wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI). Die ECHA setzt sich aus sechs thematischen "runden Tischen" zusammen zu den Themen Produktion, Übertragung und Verteilung, industrielle Anwendungen, Mobilität, Anwendungen im Energiesektor und private Anwendungen. Die Rundtischgespräche werden von einem Querschnitt der Interessengruppen des Wasserstoff- und des Energiesektors im weiteren Sinne bestritten und dienen als Diskussionsplattform für die Kommission. Die Kommission führt den Vorsitz der Gespräche zusammen mit Vertretern der Generaldirektion für Energie und der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und kleine und mittelständige Unternehmen. Die Zusammensetzung der Runden Tische entspricht ungefähr einem Verhältnis von 70% Industrie, 20% Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft und zu 10% aus Mitgliedern der öffentlichen Verwaltung. Die neu angekündigten Projekte reichen von der Erzeugung

von sauberem Wasserstoff bis zu seiner Verwendung in Industrie, Mobilität, Energie und Gebäuden.

https://ec.europa.eu/info/news/hydrogen-europes-industry-rolling-out-hydrogen-projects-massive-scale-2021-nov-30_de

Rat; Energiepreise und Bilanz der Fortschritte des Pakets „Fit für 55“

Am 02.12.2021 tagte der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie, Teil Energie u.a. zu den steigenden Energiepreisen, dem Paket „Fit für 55“ und der plurilateralen Initiative der Welthandelsorganisation (WTO) zur internen Regulierung von Dienstleistungen. Bzgl. der Energiepreise kam es in der Ministerrunde zu einem Gedankenaustausch über die Auswirkungen der hohen Energiepreise und mögliche Abhilfemaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene. Die europäische Agentur der nationalen Energieregulierungsbehörden (ACER) stellte zudem ihren am 15.11.2021 veröffentlichten vorläufigen Bericht zur Bewertung des Strommarktdesigns vor (vgl. BaB 22/2021). Zudem fand auf der Grundlage von zwei Fortschrittsberichten der SLO-Ratspräsidentschaft eine Orientierungsaussprache zum Richtlinienentwurf zur Energieeffizienz sowie zum Entwurf zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zwecks Umsetzung des ehrgeizigen neuen Klimaziels statt. Bei der Aussprache wurde auch auf das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, das Potenzial erneuerbarer Energien als kosteneffiziente Energiequelle zu fördern, und der Anerkennung der nationalen Gegebenheiten und unterschiedlichen Ausgangspunkte eingegangen. Die Ministerrunde betonte die notwendigen verstärkten Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Steigerung der Energieeffizienz und den Beitrag, den diese zur Einhaltung der EU-weiten Energieeffizienzziele leisten würde. Der Rat billigte auch die auf einer gemeinsamen Erklärung beruhenden Initiative der WTO zur internen Regulierung von Dienstleistungen. Die Umsetzung der neuen Verpflichtungen soll die Handelskosten für Dienstleister senken. Unter dem Tagungspunkt „Sonstiges“ legte die Kommission einen Bericht zum Stand der Energieunion vor und informierte über die Entwicklungen im Bereich der Außenbeziehungen im Energiebereich.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/12/02/>

Eurostat; Import und Export von grüner Energie im Jahr 2020

Eurostat hat am 02.12.2021 eine Studie über den Import und Export von grünen Energieprodukten im Jahr 2020 veröffentlicht. Danach gab die EU 11,2 Mrd. EUR für die Einfuhr von grünen Energieprodukten (darunter Windturbinen, Solarpaneele und Biodiesel) aus Ländern außerhalb der EU aus. Gleichzeitig exportierte die EU grüne Energieprodukte im Wert von etwa der Hälfte dieses Betrags (5,8 Mrd. EUR) in Länder außerhalb der EU.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20211202-1>

Kommission; Neues Instrument zur Unterstützung der Dekarbonisierung in der EU

Die Kommission hat am 08.12.2021 das „Energy and Industry Geography Lab“ eingerichtet. Dieses Online-Tool soll Unternehmen und Infrastrukturplanern raumbezogene Informationen zur Energieplanung zur Verfügung stellen. Das Online-Tool soll politische Entscheidungsträger unterstützen bei der Planung der wichtigsten Veränderungen, die zur Dekarbonisierung der Wirtschaft erforderlich sind. Dies soll durch die Funktionen der Online-Datenverwaltung, Visualisierung und Analyse von Daten im Zusammenhang mit Energie und Industrie erreicht werden. Das „Energy and Industry Geography Lab“ soll aufzeigen, wo saubere Energie zu finden ist, ob die nötige Infrastruktur vorhanden ist oder ob Landfläche für die Installation von erneuerbaren Energien zur Verfügung steht. Es soll auch sozioökonomische

Informationen enthalten und dabei auch Geodaten aus der Szenarioarbeit der Kommission und von Dritten verwenden.

<https://energy-industry-geolab.jrc.ec.europa.eu/>

Kommission; Genehmigung der DEU Regelungen der Förderung nach dem neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz

Die Kommission hat am 09.12.2021 die von DEU vorgelegten Regelungen der Förderung nach dem neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021) genehmigt. DEU hatte im Frühjahr einige Änderungen am EEG vorgenommen, um die Ausschreibungsmengen für Photovoltaik und Onshore-Windenergie zu erhöhen. Gleichzeitig billigte die Kommission Beihilfen für kleine Biomasseanlagen mit einer Leistung von bis zu 150 Kilowatt. Die von DEU angemeldeten Beihilfen seien verhältnismäßig, auf das erforderliche Minimum beschränkt und stünden im Einklang mit dem Green Deal der EU, teilte die Kommission mit.

https://ec.europa.eu/info/news/state-aid-commission-approves-amendments-german-scheme-support-electricity-production-renewable-energy-sources-and-aid-small-biomass-installations-2021-dec-09_de

Kommission; Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission legte am 15.12.2021 zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals und des Europäischen Klimagesetzes einen Richtlinienvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vor. Der Vorschlag dient der Umsetzung der Strategie der Kommission für eine Renovierungswelle vom 14.10.2021. Der Vorschlag sieht vor, dass ab 2030 alle neuen Gebäude emissionsfreie Gebäude sein müssen. Alle neuen öffentlichen Gebäude sollen bereits ab 2027 emissionsfrei sein. Für Renovierungen werden neue Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz auf EU-Ebene vorgeschlagen. Danach müssen die am schlechtesten abschneidenden 15% des Gebäudebestands jedes einzelnen Mitgliedstaates so modernisiert werden, dass Nichtwohngebäude bis 2027 und Wohngebäude bis 2030 statt der Einstufung G mindestens das Niveau F gemäß dem Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz erreichen. Zudem wird u.a. die Verpflichtung des Ausweises auf Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden, auf Gebäude, für die ein Mietvertrag verlängert wird, und auf alle öffentlichen Gebäude ausgeweitet. Bis 2025 müssen zudem alle Ausweise auf einer harmonisierten Skala von A bis G beruhen. Zudem soll ein „Renovierungspass“ eingeführt werden, der Eigentümern ein Instrument zur Erleichterung ihrer Planungen und einer schrittweisen Renovierung hin zu einem emissionsfreien Niveau an die Hand gibt. In Bezug auf dem Bereich Mobilität soll u.a. der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Wohn- und Geschäftsgebäuden unterstützt werden.

<https://ec.europa.eu/energy/sites/default/files/proposal-recast-energy-performance-buildings-directive.pdf>

Kommission; Legislativpaket zu Wasserstoff und dekarbonisiertem Gas

Die Kommission hat am 15.12.2021 im Rahmen des sogenannten Gaspakets einen Richtlinienvorschlag sowie einen Verordnungsvorschlag vorgelegt. Die beiden Legislativvorschläge sollen die Voraussetzungen für den schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung fossilen Erdgases und für einen Übergang zu erneuerbaren und CO₂-armen Gasen, insbesondere Biomethan und Wasserstoff, schaffen und die Resilienz des Gassystems stärken. Eines der Hauptziele besteht darin, einen Wasserstoffmarkt aufzubauen, ein günstiges Investitionsumfeld zu schaffen und die Entwicklung spezieller Infrastrukturen, auch für den Handel mit Drittländern, zu fördern. Zudem soll die Energieversorgungssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger Europas damit

gewährleistet werden. Die Resilienz des europäischen Gassystems und die Versorgungssicherheit soll erhöht werden, indem der Geltungsbereich der Verordnung über die Gasversorgungssicherheit erweitert wird. Die neuen Vorschriften sollen aber u.a. auch gewährleisten, dass die Verbraucher leichter den Versorger wechseln und wirksame Preisvergleichsinstrumente nutzen können, eine genaue, faire und transparente Abrechnung erhalten, einen besseren Zugang zu Daten und neuen intelligenten Technologien haben und sich an Bürgerenergiegemeinschaften auf der Grundlage gleicher Wettbewerbsbedingungen beteiligen können.

<https://ec.europa.eu/energy/sites/default/files/proposal-revised-gas-markets-and-hydrogen-directive.pdf>

<https://ec.europa.eu/energy/sites/default/files/proposal-revised-gas-markets-and-hydrogen-regulation.pdf>

EuGH; Schlussanträge zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im Zuge der weiteren Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts in ITL

Am 09.12.2021 legte der Generalanwalt Athanasios Rantos seine Schlussanträge in der Rechtsache C-377/20 vor. In der Rechtssache geht es um ein Vorabentscheidungsersuchen des Staatsrats in ITL zu dem Begriff des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in Bezug auf die weitere Liberalisierung des Stromeinzelhandelsmarkts in ITL. Die Wettbewerbsbehörde in ITL wirft den drei Unternehmen der Enel-Gruppe vor, die Kundendaten des Servizio Elettrico Nazionale in unrechtmäßiger Weise genutzt zu haben, um diese Kunden auf einen anderen Anbieter von Elektrizitätsleistungen Enel Energia zu übertragen. Dabei geht es laut Generalanwalt hier um Fälle, in denen das missbräuchliche Verhalten auf einem Wettbewerbsvorteil beruht, den ein etablierter Betreiber rechtmäßig von seinem gesetzlichen Monopol "geerbt" hat. Zum Begriff des "Missbrauchs" hebt der Generalanwalt zunächst hervor, dass Art 102 AEUV auf der objektiven Beurteilung der Eignung eines bestimmten Verhaltens, den Wettbewerb zu beschränken, beruht und dass die rechtliche Einordnung dieses Verhaltens nach anderen Rechtsgebieten nicht entscheidend sei. In Bezug auf das durch Art. 102 AEUV geschützte Interesse führt er aus, dass Art. 102 AEUV dahingehend auszulegen sei, dass diese Vorschrift auch Ausschlusspraktiken verbieten könne, die die Verbraucher mittelbar durch ihre Auswirkungen auf die Marktstruktur beeinträchtigen. Um das Vorliegen eines Verstoßes gegen Art. 102 AEUV festzustellen, muss nach Ansicht des Generalanwalts eine Wettbewerbsbehörde alle relevanten Umstände, insbesondere unter Berücksichtigung der von dem marktbeherrschenden Unternehmen vorgetragenen Argumente, prüfen. Was schließlich die Frage angeht, ob die Haftung für das Verhalten einer Tochtergesellschaft der Muttergesellschaft zugerechnet werden kann, weist der Generalanwalt darauf hin, dass die Zugehörigkeit einer Muttergesellschaft zu einer Unternehmensgruppe, die insbesondere aus hundertprozentigen Tochtergesellschaften besteht, die ein missbräuchliches Verhalten im Sinne von Art. 102 AEUV an den Tag gelegt hat, eine ausreichende Grundlage für die Annahme ist, dass diese Muttergesellschaft einen entscheidenden Einfluss auf die Politik der Tochtergesellschaften ausgeübt hat, so dass eine Wettbewerbsbehörde ihr die Haftung für dieses Verhalten auferlegen kann, ohne dass sie Beweise für die Beteiligung der Muttergesellschaft an der missbräuchlichen Verhaltensweise nachweisen muss. Diese Vermutung kann von der Muttergesellschaft aber widerlegt werden, indem sie ausreichende Beweise dafür vorlegt, dass die Tochtergesellschaften auf dem Markt unabhängig agieren. In einem solchen Fall ist die Wettbewerbsbehörde verpflichtet, angemessen zu erläutern, warum die vorgelegten Beweise nicht ausreichen, um diese Vermutung zu widerlegen, es sei denn, sie hält sie für offensichtlich unerheblich, unwesentlich oder eindeutig nebensächlich.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CC0377&from=de>

Digital

EP, Kommission, Rat; Einigung auf Daten Governance Gesetz

Die Verhandlungsführer von EP, Kommission und Rat haben am 30.11.2021 im Trilog eine Einigung zum Vorschlag für ein Daten Governance Gesetz erzielt. Die von der Kommission am 25.11.2020 vorgeschlagene Verordnung soll einen horizontalen Rechtsrahmen für die Verwaltung/Steuerung (sog. Governance) gemeinsamer europäischer Datenräume schaffen, auf dem dann sektorspezifische Datenräume (z.B. im Bereich Gesundheit, Klima, Mobilität und Landwirtschaft) aufbauen (vgl. BaB 22/2020). Die neue Verordnung begründet kein Recht auf Weiterverwendung der Daten im Besitz öffentlicher Stellen, sondern sieht harmonisierte Bedingungen vor, unter denen die Weiterverwendung der Daten erlaubt werden kann. Dazu werden Regeln für Datenvermittlungsdienste und Datenaltruismus geschaffen. Der erzielte Kompromiss erlaubt ausschließliche Vereinbarungen über die Weiterverwendung von Daten des öffentlichen Sektors, wenn sie gerechtfertigt und für die Erbringung einer Dienstleistung von allgemeinem Interesse erforderlich sind. Die Kommission wird eine zentrale EU-Anlaufstelle mit einem durchsuchbaren elektronischen Register der Daten des öffentlichen Sektors einrichten. Die Verordnung soll 15 Monate nach Inkrafttreten anwendbar sein. Die Kommission hatte dafür ursprünglich 12 Monate vorgesehen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/11/30/promoting-data-sharing-presidency-reaches-deal-with-parliament-on-data-governance-act/>

Rat; Ergebnisse des Rates für Telekommunikation am 03.12.2021

Am 03.12.2021 kamen die für Telekommunikation (TK) zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten zum TK-Rat in Brüssel zusammen und verabschiedeten eine allgemeine Ausrichtung zur sog. NIS2-Richtlinie (Sicherheit von Netz- und Informationssystemen). Die Kommission hatte ihren Vorschlag für die NIS2-Richtlinie im Dezember 2020 als eine der in der EU-Cybersicherheitsstrategie für die digitale Dekade angekündigten Maßnahmen vorgelegt. Ziel ist es, die Resilienz und Reaktionsfähigkeit der EU im Bereich der Cybersicherheit weiter zu verbessern. Außerdem nahmen sie Fortschrittsberichte des SLO-Ratsvorsitzes zu den Beratungen über den Verordnungsvorschlag für Künstliche Intelligenz vom 21.04.2021, den Vorschlag vom 03.06.2021 zur Schaffung einer europäischen digitalen Identität (EUID) und das Politikprogramm für die Digitale Dekade zur Kenntnis. Die Ministerinnen und Minister führten auch eine Orientierungsaussprache über die geplante interinstitutionelle Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen, um politische Leitlinien für die weitere Erarbeitung durch die Kommission und die folgenden Verhandlungen über diese Erklärung zu geben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/12/03/>

Kommission; EU-US Dialog über Wettbewerbspolitik und Technologiekonzerne

Die US-Administration und die EU haben einen Dialog über Fragen des Wettbewerbsrechts in Bezug auf große Technologiekonzerne gestartet, den sog. „EU-U.S. Joint Technology Competition Policy Dialogue“. Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager (zuständig für Digitales und Wettbewerb), die Vorsitzende der US-Wettbewerbsbehörde „Federal Trade Commission“, Lina Khan, und der Leiter der Wettbewerbsabteilung im US-Justizministerium, Jonathan Kanter, sind zu diesem Zweck am 07.12.2021 in Washington D.C. zusammengekommen und haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Darin betonen sie, dass das Wachstum der

digitalen Wirtschaft die Wettbewerbsbehörden vor neue Herausforderungen stellt und Anpassungen ihrer Tätigkeit erfordert, z.B. mit Blick auf die Betrachtung von Netzwerkeffekten. Die Kommission, als oberste Hüterin des EU-Wettbewerbsrechts, und die US-Wettbewerbsbehörden wollen deshalb künftig sowohl bei der Gestaltung der Wettbewerbspolitik als auch der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts enger zusammenarbeiten und sich stärker koordinieren. Der Dialog wird durch regelmäßige Treffen auf hoher politischer Ebene und auf Arbeitsebene fortgesetzt.

https://ec.europa.eu/competition-policy/system/files/2021-12/EU-US_Joint_Dialogue_Statement_12.6.21_1.pdf

Kommission; Open-Source Lizenzierung für Software der Kommission

Die Kommission hat am 08.12.2021 den Beschluss C (2021)8759 über die Open-Source-Lizenzierung und die Weiterverwendung von Software der Kommission angenommen. Der Beschluss legt die Bedingungen für die Weiterverwendung und Lizenzierung von Software fest, die von der Kommission oder in ihrem Namen hergestellt wurde und für die die Kommission die Rechte des geistigen Eigentums besitzt. Damit ist die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen, um die gesamte Software der Kommission künftig quelloffen in einer zentralen Datenbank zur Verfügung stellen zu können. Die Kommission setzt so ihre „Open-Source-Software Strategie 2020-2023“ um, die sie am 21.10.2020 angenommen hatte. In der Strategie hatte sie angekündigt, den Quellcode ihrer künftigen IT-Projekte mit anderen zu teilen, wo immer das möglich ist. Vor der Veröffentlichung wird jede Software auf Sicherheits- und Vertraulichkeitsrisiken, Datenschutzaspekte oder potenzielle Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums Dritter geprüft. Die Datenbank enthält den Quellcode in einer vom Menschen lesbaren Form und gegebenenfalls die maschinenlesbare Form sowie die dazugehörige Dokumentation.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2021\)8759&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2021)8759&lang=de)

EP, Kommission, Rat; Einigung auf neue Roaming-Verordnung

Die Verhandlungsführer von EP, Kommission und Rat haben sich am 09.12.2021 über die Verlängerung des Verbots der Roamingentgelte in der EU bis 2032 verständigt. Mit der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (sog. Roaming-Verordnung) hatte die EU Roamingentgelte für Reisende in der EU sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen mit Wirkung zum 15.06.2017 abgeschafft. Die Regeln werden allerdings im Juni 2022 auslaufen. Die Kommission hatte deshalb die Verlängerung um zehn Jahre vorgeschlagen (vgl. BaB 04/2021). Zu den maßgeblichen Diskussionspunkten der Revision zählte die Absenkung der Roamingvorleistungsentgelte (d.h. die Entgelte, die sich die Betreiber untereinander für die Nutzung ihrer Netze in Rechnung stellen); sie sollen nun in mehreren Stufen bis 2027 gesenkt werden. Weitere Änderungen betreffen u.a. die Qualität der Dienste und den Zugang zu Notfallnummern. EU-interne Anrufe sind, entgegen der Forderung des EP, nicht in den Geltungsbereich der Verordnung aufgenommen worden. Der erzielte Kompromiss sieht aber vor, in die Erwägungsgründe die Aufforderung an die Kommission aufzunehmen, möglichen Handlungsbedarf hierzu vor 2024 zu prüfen. EP und Rat müssen das Verhandlungsergebnis noch förmlich bestätigen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/09/mobile-roaming-with-no-extra-fees-to-continue-as-presidency-reaches-deal-with-european-parliament/>

EP; Ausschuss legt Position zum Digital Services Act fest

Der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) hat am 14.12.2021 seinen Bericht zu dem Vorschlag für einen Digital Services Act (DSA)

angenommen (36:7:2). Der DSA zählt zu den zentralen Legislativvorhaben der Kommission im Bereich Digitales. Die neue Verordnung soll die Pflichten der Anbieter digitaler Dienste, insbesondere der Plattformen, gestuft nach ihrer Größe, verschärfen. Im Ausschuss lagen über 3.000 Änderungsanträge vor. Der IMCO hat schließlich über Kompromissanträge abgestimmt, die die Berichterstatterin, MdEP Christel Schaldemose (S&D/DNK), mit anderen Fraktionen ausgehandelt hatte. Der Bericht enthält gegenüber dem Kommissionsvorschlag einige neue Aspekte, wie das Verbot von Dark Patterns, eine Möglichkeit für KMU, auf Antrag von bestimmten Pflichten befreit zu werden, sowie die Beschwerdemöglichkeit gegen Down-Ranking und Schadensersatzansprüche der Nutzerinnen und Nutzer. Fristen für die Entfernung illegaler Inhalte sieht die Position des IMCO jedoch nicht vor; damit würde der DSA maßgeblich vom deutschen NetzDG abweichen. Personalisierte Werbung wird nicht verboten. Der Kompromiss hierzu schützt Minderjährige, lässt personalisierte Werbung aber grundsätzlich weiter zu. Über die „Schwester-Verordnung“, den Digital Markets Act, hatte der IMCO bereits am 23.11.2021 abgestimmt und den Bericht von MdEP Andreas Schwab (EVP/DEU) angenommen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/imco/meetings/webstreaming>

Kommission; erstes CEF-Digital-Arbeitsprogramm angenommen

Die Kommission hat am 16.12.2021 das erste Arbeitsprogramm für den digitalen Teil der „Connecting Europe“-Fazilität („CEF-Digital“) angenommen. CEF-Digital ist Teil des Programms „Connecting Europe“-Fazilität, mit dem von 2021 bis 2027 Investitionen in transeuropäische Digital-, Verkehrs- und Energienetze im Wert von 33,7 Mrd. EUR unterstützt werden. Das Arbeitsprogramm für CEF-Digital legt den Umfang und die Ziele der von der EU geförderten Maßnahmen fest, die erforderlich sind, um Europas digitale Infrastrukturen in drei Jahren zu verbessern. Dafür werden Mittel in Höhe von mehr als 1 Mrd. EUR von 2021 bis 2023 bereitgestellt. CEF Digital soll durch die Förderung öffentlicher und privater Investitionen zu Konnektivitätsprojekten von gemeinsamem europäischen Interesse und zum Aufbau einer sicheren und nachhaltigen Hochleistungsinfrastruktur, einschließlich Gigabit- und 5G-Netzen, in der gesamten EU beitragen. Die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für CEF-Digital werden Anfang 2022 veröffentlicht. Interessierte Stakeholder können kurz danach an einem „Informationstag“ teilnehmen, um mehr über die Prioritäten und wichtigsten Aspekte der Aufforderungen sowie über das Bewertungs- und Vergabeverfahren zu erfahren.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/activities/cef-digital>

F o r s c h u n g

Kommission; Neue Partnerschaft Biobasiertes Europa;

Am 01.12.2021 wurde auf Initiative der Kommission das neue Gemeinsame Unternehmen (Joint Undertaking) „Circular Bio-based Europe“ (CBE JU) gegründet. Die öffentlich-private Partnerschaft im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa verfolgt folgende Ziele: die Unterstützung von Forschung und Innovation für nachhaltige biobasierte Lösungen sowie eine Verringerung des Risikos von Investitionen in innovative, kreislauforientierte biobasierte Produktionsanlagen. Die Kommission möchte insgesamt 1 Mrd. EUR in die CBE-Partnerschaft investieren, die in Form von Zuschüssen zugeteilt werden. Die biobasierte Industrie hat sich verpflichtet, 1 Mrd. EUR in Form von Sachleistungen und zusätzlichen Aktivitäten in Projekte zu investieren. Die strategische Forschungs- und Innovationsagenda des CBE soll im kommenden Jahr verabschiedet werden. Dieses Dokument soll dann die

wichtigsten technologischen und innovativen Herausforderungen aufzeigen und als Grundlage für das Arbeitsprogramm und Förderausschreibungen dienen.

<https://www.bbi.europa.eu/about/circular-bio-based-europe-joint-undertaking-cbe-ju>

Kommission; Neue Partnerschaft Wasserstoff

Am 29.11.2021 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Start der neuen öffentlich-privaten Partnerschaft „Sauberer Wasserstoff“ (Clean Hydrogen) im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa verkündet. Diese Partnerschaft soll die Kommission, die Wasserstoffindustrie, Forschende und Innovatoren sowie politische Verantwortliche aus den Mitgliedstaaten zusammenbringen und auf den gemeinsamen Bemühungen des bisherigen Gemeinsamen Unternehmens "Brennstoffzellen und Wasserstoff" (FCH JU) aufbauen. Die neue Partnerschaft sei eine Schlüsselkomponente der EU-Wasserstoffstrategie, die im Juli 2020 gestartet wurde. Sie wird von der Industrie und dem Forschungsprogramm Horizont Europa kofinanziert. Die Partnerschaft für sauberen Wasserstoff soll Innovationen fördern, indem sie die Forschung ankurbelt und Fachwissen und Daten austauscht. Das Gemeinsame Unternehmen FCH hat mit dem FCH-Observatorium, einer Plattform, die umfassende Informationen und Unterstützung für den gesamten Wasserstoffsektor bietet, einen ersten Schritt in Richtung eines solchen Wissensaustauschs getätigt. Förderausschreibungen im Rahmen der Partnerschaft sollen alsbald veröffentlicht werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_21_6421

Rat; Empfehlungen zum Europäischen Forschungsraum

Am 26.11.2021 haben die für Forschung zuständigen Ministerinnen und Minister im Rahmen des Wettbewerbsrats letztmalig unter slowenischen Vorsitz getagt. Auf der Tagesordnung des Rates stand u.a. die Verabschiedung von Ratsempfehlungen zum künftigen Forschungsraum (EFR). Die Empfehlungen werden in Form einer (nicht-legislativen) Ratsempfehlung zum Pakt für Forschung und Innovation definiert. Das ist der erste politische Rahmen mit kurz- und langfristigen Zielen, einschließlich einer klar definierten Rolle für den Rat in dieser Hinsicht. Im Rahmen des neuen Pakts verpflichteten sich die Mitgliedstaaten für die kommenden Jahre zu einer Reihe gemeinsamer Grundsätze und Werte für die Forschung und Innovation, gemeinsamen Schwerpunktbereichen für Maßnahmen, Investitionen und Reformen und einem vereinfachten Verfahren der Politikkoordination und Überwachung. In weiteren Schlussfolgerungen des Rates werden spezifische EFR-Maßnahmen vorgeschlagen, die in der politischen EFR-Agenda 2022-2024 enthalten sind. Im Rahmen der angenommenen Empfehlungen des Paktes haben sich die Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Grundsätzen und Werten in der EU im Bereich Forschung und Innovation, gemeinsamen vorrangigen Aktionsbereichen, Investitionen und Reformen und vereinfachten Verfahren der politischen Koordination und Überwachung im Rahmen der Forschungspolitik verpflichtet. Ein künftiges „EFR-Forum“, das sich aus Vertretern der Kommission und der Mitgliedstaaten zusammensetzt, soll Anfang 2022 eingerichtet werden. Im Rahmen dieses EFR-Forums sollen Maßnahmen zum Ausbau des EFR gemeinsam koordiniert werden.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-fur-forschung-zustandigen-ministerinnen-und-minister-stehen-vor-einem-wichtigen-meilenstein/>

Rat; Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter

Anlässlich des Forschungsrates am 29.11.2021 unter Vorsitz von SLO haben die meisten Mitgliedstaaten – und weitere zum EU-Forschungsrahmenprogramm assoziierte Staaten in Europa – eine von SLO initiierte Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter unterzeichnet. Die „Erklärung von Ljubljana“ hält fest, dass diese

Gleichstellung einer der zentralen, gemeinsamen Werte des neuen Europäischen Forschungsraums (ERA) sein soll. Die Bekämpfung bestehender geschlechtsspezifischer Ungleichheiten wird von den Unterzeichnern der Erklärung unterstützt. Die Gleichstellung der Geschlechter sei zusammen mit Inklusion und sozialer Eingliederung ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Faire, offene, gleichberechtigte und integrative Karrierewege seien unerlässlich, heißt es in der Erklärung. Geschlechtsspezifische Gewalt in der Hochschulbildung und in der Forschung, einschließlich sexueller Belästigung, sei ein ernstes und zu wenig beachtetes Problem mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Studien- und Karrieremöglichkeiten in der Forschung. Daher betonen die unterzeichnenden Staaten: „Wir unterstreichen die Notwendigkeit, Instrumente für die Überwachung und Bewertung der nationalen Gleichstellungspolitik in Forschung und Entwicklung und der Gleichstellungsmaßnahmen, einschließlich der Gleichstellungspläne, zu entwickeln.“ Die COVID-19-Pandemie habe deutlich gemacht, wie zerbrechlich die Errungenschaften der Geschlechtergleichstellung sind, da die negativen Auswirkungen Frauen unverhältnismäßig stark trafen und die Fortschritte der letzten Jahre zunichte zu machen drohten.

<https://www.gov.si/assets/ministrstva/MIZS/Dokumenti/PSEU/Ljubljana-Declaration-on-Gender-Equality-in-Research-and-Innovation- endorsed final.pdf>

Kommission; Horizont Europa Ausschreibungen Missionsbereiche

Die Kommission hat am 16.12.2021 ein aktualisiertes Arbeitsprogramm für das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa für die kommenden beiden Jahre mit einem Gesamtbudget von 15,4 Mrd. EUR veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm sieht unter anderem 19 Ausschreibungen zu den fünf sog. „Missionen“ vor. Hierbei handelt es sich um einen neuen innovations- und anwendungsorientierten Ansatz in den Bereichen Klimaanpassung, Krebs, Gewässer, Städte, Bodenschutz. Forschung in den Missionsbereichen soll bürgernah und unter Einbindung der lokalen Bevölkerung erfolgen. Die Ausschreibungen wird die Kommission in zwei Etappen in den kommenden Wochen veröffentlichen. Insgesamt steht für die Missionen ein Budget von rund 673,2 Mio. EUR bis Ende 2022 zur Verfügung. Die Missionen sollen große Herausforderungen angehen und „ehrgeizige“, aber auch greifbare und realisierbare Ziele in den Bereichen Gesundheit, Klima und Umwelt bis 2030 erreichen, darunter etwa das Erreichen der Klimaneutralität in 100 Städten in der EU bis zum Jahr 2030.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-invests-additional-eu673244-million-roll-out-eu-missions-health-climate-and-environment-2021-dec-16_en

Finanzdienstleistungen

Rat; Verhandlungsmandat zur Transparenz bei Transfers von Kryptowerten

Am 01.12.2021 haben sich die Botschafterinnen und Botschafter des Rats auf ein Mandat für Verhandlungen mit dem EP über einen Vorschlag zur Aktualisierung der bestehenden Vorschriften über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers verständigt. Mit der Aktualisierung soll der Anwendungsbereich der Vorschriften auf bestimmte Kryptowerte ausgeweitet werden. Ziel des Vorschlags ist es, die Anbieter von Krypto-Dienstleistungen zu verpflichten, vollständige Angaben über Auftraggeber und Begünstigte der von ihnen durchgeführten Transfers von virtuellen Vermögenswerten oder Kryptowerten zu erheben und zugänglich zu machen. Zahlungsdienstleister tun dies bereits bei Banküberweisungen. Damit soll die Rückverfolgbarkeit der Transfers von Kryptowerten sichergestellt werden, damit mögliche verdächtige Transaktionen besser erkannt und erforderlichenfalls unterbunden werden können. Durch die vom Rat in seinem Standpunkt

vorgenommenen Änderungen wird der Vorschlag der Kommission gestrafft und präzisiert, insbesondere durch die Einführung von Anforderungen an Transfers von Kryptowerten zwischen Anbietern von Krypto-Dienstleistungen und nicht betreuten elektronischen Geldbörsen. Außerdem sieht der Standpunkt vor, dass beim Transfer von Kryptowerten unabhängig vom Transaktionsbetrag alle Angaben über den Auftraggeber übermittelt werden. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Rückverfolgbarkeit der Transfers von Kryptowerten sicherzustellen, sieht der Rat in seinem Standpunkt vor, die Anwendung des Vorschlags über Geldtransfers und der Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA) aufeinander abzustimmen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/01/anti-money-laundering-council-agrees-its-negotiating-mandate-on-transparency-of-crypto-asset-transfers/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Anti-money+lauding:+Council+agrees+its+negotiating+mandate+on+transparency+of+crypto-asset+transfers

Kommission; Neue Strategie zur Finanzberichterstattung

Am 15.12.2021 legte die Kommission eine neue Strategie zur Verbesserung und Modernisierung der Finanzberichterstattung in der EU vor. Hiermit will sie erreichen, dass den Aufsichtsbehörden auf EU- und nationaler Ebene genaue, kohärente und zeitnahe Daten gemeldet werden. Gleichzeitig soll der Aufwand, den Finanzinstitute in die Finanzberichterstattung investieren, sowie der Meldeaufwand von Unternehmen, gesenkt werden. Diese Strategie soll unmittelbar zu den Zielen der europäischen Datenstrategie und des Pakets zur Digitalisierung des Finanzsektors beitragen, mit denen die digitale Innovation in Europa gefördert werden soll. Darüber hinaus soll sie zu den Zielen einer Kapitalmarktunion und zur Verwirklichung eines Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen beitragen. Die vier folgenden Säulen kennzeichnen die Strategie. Erstens - die Gewährleistung kohärenter und genormter Daten, die auf einer klaren und gemeinsamen Terminologie sowie auf gemeinsamen Normen, Formaten und Regeln beruhen. Zweitens - die Erleichterung des Austauschs und der Weiterverwendung gemeldeter Daten zwischen den Aufsichtsbehörden durch Beseitigung ungerechtfertigter rechtlicher und technischer Hindernisse zur Vermeidung doppelter Datenabfragen. Drittens - die bessere Ausgestaltung der Berichtspflichten durch die Entwicklung von Leitlinien auf der Grundlage bewährter Verfahren zur Anwendung der Grundsätze der besseren Rechtsetzung im Bereich der Finanzberichterstattung an Aufsichtsbehörden. Viertens - schließlich die Einführung gemeinsamer Regeln mit dem Ziel einer besseren Koordinierung und engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Aufsichtsbehörden und anderen einschlägigen Interessenträgern, damit diese Fachwissen und Informationen austauschen können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6774

F i n a n z e n

EuGH; Nichtanwendung der Befreiung von der Gerichtsbarkeit

Der EuGH verkündete mit seinem Urteil vom 30.11.2021 in der Rechtssache C-3/20, LR Ğenerälprokuratūra, dass dann, wenn eine Strafverfolgungsbehörde feststellt, dass Handlungen eines Präsidenten einer Zentralbank eines Mitgliedstaats (MS), derentwegen sie ermittelt, von diesem offenkundig nicht in amtlicher Eigenschaft vorgenommen wurden, das Verfahren gegen diesen Zentralbankpräsidenten fortgesetzt werden kann, da die Befreiung von der Gerichtsbarkeit dann nicht zur Anwendung kommt. Dies ist der Fall bei vom Präsidenten einer Zentralbank eines Mitgliedstaats vorgenommenen Betrugs-, Korruptions- oder Geldwäschehandlungen,

die zwangsläufig aus dem Bereich der Amtstätigkeit eines Beamten oder sonstigen Bediensteten der Union fallen. Im Juni 2018 erhob die lettische Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht Riga gegen den lettischen Zentralbankpräsidenten Anklage wegen verschiedener Korruptionsdelikte. Konkret wird ihm vorgeworfen, zwei Bestechungsgeschenke im Zusammenhang mit einem aufsichtsrechtlichen Verfahren betreffend eine lettische Bank angenommen und das aus einem dieser Bestechungsgeschenke stammende Geld gewaschen zu haben. Als Präsident der Zentralbank von LET war er, dessen letzte Amtszeit als Zentralbankpräsident im Dezember 2019 endete, auch Mitglied des Erweiterten Rates und des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB). In Anbetracht dieser Besonderheit hatte das Bezirksgericht Riga Zweifel, ob er aufgrund der Eigenschaft des Zentralbankpräsidenten als Mitglied des Erweiterten Rates und des Rates der EZB Immunität nach Art. 11 Buchst. a des Protokolls Nr. 7 über die Vorrechte und Befreiungen der EU in Anspruch nehmen kann, der den Beamten und sonstigen Bediensteten der EU für alle in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen eine Befreiung von der Gerichtsbarkeit gewährt. Das Bezirksgericht Riga legte die Frage dem EuGH daher zur Vorabentscheidung vor.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-11/cp210214de.pdf>

Kommission; Mehrwertsteuerlücke in den EU-Mitgliedstaaten weiter gesunken

Ein am 02.12.2021 von der Kommission veröffentlichter Bericht schätzt die entgangenen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (MwSt.) im Jahr 2019 auf 134 Mrd. EUR. Diese Zahlen beziehen sich auf Einnahmenverluste, die durch MwSt.-Betrug, -Hinterziehung und -Umgehung, Optimierungspraktiken, Insolvenzen und Zahlungsunfähigkeit sowie fehlerhafte Berechnungen und Verwaltungsfehler entstehen. Insgesamt hat sich damit die sog. MwSt.-Lücke in den Mitgliedstaaten im Vergleich zum Vorjahr um ca. 7 Mrd. EUR verringert, was den positiven Trend der letzten Jahre fortsetzt. ROM verzeichnet mit entgangenen 34,9% der MwSt.-Einnahmen in 2019 die größte nationale Lücke. Am kleinsten war diese Lücke in KRO (1,0%) SWE (1,4%) und CYP (2,7%). Am stärksten schrumpfte die MwSt.-Lücke in KRO, CYP, GRI, LIT, BUL und SLK mit je zwischen -3,2% und -2,2%. In MTA ist die MwSt.-Lücke mit 5,4% hingegen am stärksten angewachsen. In absoluten Zahlen gab es die größten Lücken bei den Mehrwertsteuereinnahmen in ITL (30,1 Mrd. EUR) und DEU (23,4 Mrd. EUR). Ob sich der insgesamt positive Trend im Jahr 2020 fortsetzt, ist aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie noch nicht abzuschätzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_21_6466/IP_21_6466_DE.pdf

Kommission; Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens wegen Problemen beim Austausch zu Konsignationslagerregelungen (MwSt.)

Die Kommission hat am 02.12.2021 DEU im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen zur Anpassung seines IT-Systems zu ergreifen, um einen automatischen Austausch bestimmter Informationen über die Anwendung der MwSt.-Vorschriften bei Konsignationslagerregelungen mit anderen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Die Kommission hat beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an DEU zu richten, weil es seiner Verpflichtung nicht nachgekommen sei, den anderen Mitgliedstaaten über das elektronische System MIAS (MwSt.-Informationsaustauschsystem) einen automatischen Zugang zu den Informationen über Konsignationslagerregelungen zu gewähren. Das Fehlen der notwendigen Anpassungen auf deutscher Seite erschwere es anderen Mitgliedstaaten, die notwendigen Kontrollen zur Verhinderung von Mehrwertsteuerbetrug oder Steuerhinterziehung durchzuführen. Sollte DEU nicht innerhalb der nächsten zwei

Monate handeln, kann die Kommission beschließen, den Fall vor den Gerichtshof der EU zu bringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_21_6201

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 06.12.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Paschal Donohoe. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen insbesondere die Empfehlungen der Kommission zur Wirtschaftspolitik des EUR-Währungsgebietes für das Jahr 2022 sowie die vorläufigen Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten. Informell tauschten sich die Ministerinnen und Minister auch noch über das Thema Vollendung der Bankenunion aus. Am 07.12.2021 trafen sich dann die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Diskutiert wurde dabei eine Richtlinie zur Überarbeitung des Anwendungsbereichs der ermäßigten Mehrwertsteuersätze. Zudem wurden die Stärkung der Bankenunion, das Gesetespaket der Kommission zur Kapitalmarktunion sowie das Paket zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung thematisiert. Ferner wurden die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) als Kernstück des Wiederaufbaufonds sowie der Jahresbericht 2021 des Europäischen Fiskalausschusses vertieft.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/12/07/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council

EZB; Neugestaltung der EUR-Banknoten

Am 06.12.2021 gab die EZB bekannt, die EUR-Banknoten neu gestalten zu wollen. Sie wolle dabei mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einem Verfahren zusammenarbeiten, das 2024 zu einer endgültigen Entscheidung führen solle. Hierfür sei bereits auf Vorschlag der Zentralbanken des Euroraums eine interdisziplinäre Themenberatungsgruppe gebildet worden, in der jeweils eine Expertin oder ein Experte aus jedem Land des Euroraums vertreten sei. Sie seien aus verschiedenen Fachbereichen wie Geschichte, Natur- und Sozialwissenschaften, bildende Kunst und Technologie ausgewählt worden. Für DEU sei Lisa Borgenheimer, Professorin für Informationsdesign, HfG Offenbach am Main, in der Themenberatungsgruppe. Das Design der aktuellen Banknoten beruhe auf dem Thema „Zeitalter und Stile“. Auf ihnen seien Fenster, Tore und Brücken zu sehen. Das Überarbeitungsverfahren sei initiiert worden, nachdem der EZB-Rat zugesagt hatte, innovative und sichere Banknoten zu gewährleisten, die die Menschen in Europa ansprechen. Teil des Verfahrens seien zudem mehrere Befragungen der Öffentlichkeit sowie ein Design-Wettbewerb. Nach Abschluss des Gestaltungsverfahrens solle der EZB-Rat die Herstellung der neuen Banknoten genehmigen und über potenzielle Ausgabetermine entscheiden. Obwohl die Nutzung bargeldloser Zahlungsmethoden während der Pandemie zugenommen habe, sei die Nachfrage nach Bargeld gestiegen, was seiner wichtigen Rolle der Wertaufbewahrung zuzuschreiben sei.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr211206~a9e0ba2198.de.html>

Rat; Einigung über aktualisierte Regeln für Mehrwertsteuersätze

Am 07.12.2021 einigte sich der Rat über einen Vorschlag zur Aktualisierung der EU-Vorschriften für Mehrwertsteuersätze. Die neuen Regeln spiegeln die aktuellen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten (MS) und die derzeitigen politischen Ziele der EU wider, die sich seit der Einführung der alten Regeln wesentlich verändert haben. Die Neuerungen sollen die Gleichbehandlung der MS gewährleisten und diesen mehr Flexibilität bei der Anwendung ermäßigter Steuersätze sowie Nullsätzen geben. Dazu

wurde u.a. die Liste der Waren und Dienstleistungen, für die ermäßigte Mehrwertsteuersätze zulässig sind (Anhang III der Mehrwertsteuerrichtlinie), unter Berücksichtigung der digitalen Transformation der Wirtschaft aktualisiert und modernisiert. Zudem sollen Vorzugsbehandlungen für umweltschädliche Waren schrittweise abgeschafft werden. Darüber hinaus wurde eine neue Bestimmung in die Mehrwertsteuerrichtlinie aufgenommen, um möglichen künftigen Krisen zu begegnen und die MS in die Lage zu versetzen, rasch auf außergewöhnliche Umstände wie Pandemien, humanitäre Krisen oder Naturkatastrophen zu reagieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/07/council-reaches-agreement-on-updated-rules-for-vat-rates/>

EuRH; Arbeitsprogramm der EU-Prüfer ab 2022 veröffentlicht

Am 15.12.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) sein Arbeitsprogramm für 2022 und die folgenden Jahre, welches die als strategisch wichtig definierten Bereiche und Prüfungsprioritäten des Hofes auflistet. Diese erstrecken sich auf ein breitgefächertes Themenspektrum und spiegeln die zentralen Herausforderungen für die EU sowie ihre wichtigsten Ziele wider. In insgesamt 79 Sonderberichten und Analysen, welche strategischen Schwerpunktbereichen zugeordnet sind, wollen die Prüferinnen und Prüfer ermitteln, ob die EU die Steuergelder effektiv einsetzt, um ihrem Auftrag und ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Da in die Aufbauprogramme zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie sowie in die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels EU-Finanzmittel in nie dagewesener Höhe fließen, stehen diese bei der Prüfung an oberster Stelle. So sind für den Ausgaben- und Politikbereich „Reaktion der EU auf COVID-19 und Wiederaufbau nach der Krise“ 16 Berichte zu Themen wie der Beschaffung von Corona-Impfstoffen und dem Recht auf Freizügigkeit während der Pandemie geplant. Ferner soll eine Reihe von Prüfungsberichten zur sogenannten Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU veröffentlicht werden. Zum Bereich „Klimawandel, Umwelt und natürliche Ressourcen“ will der EuRH 17 Berichte veröffentlichen, u. a. über Biokraftstoffe, Energiebesteuerung, illegale Fischerei und Tiertransporte. In weiteren Themenbereichen sollen z.B. das Handeln der EU im Hinblick auf die Ursachen von Migration in Afrika oder zentrale Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft, wie die Sicherheit von 5G-Netzen, die Batterieproduktion und die Entwicklung einer Mikrochip-Industrie in der EU, überprüft werden. Prüfungsschwerpunkte im Bereich der Finanzpolitik sind die Bankenaufsicht der EU und der Binnenmarkt für Investmentfonds.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INWP2022/INWP2022_DE.pdf

EuGH; Schlussanträge zu Rechtsstreiten bezüglich Steuervorbescheiden

Am 16.12.2021 schlug der Generalanwalt Priit Pikamäe mit seinen Schlussanträgen in den Rechtssachen C-885/19 P Fiat Chrysler Finance Europe / Kommission und C-898/19 P IRL / Kommission dem EuGH vor, dem Rechtsmittel von IRL stattzugeben und den Beschluss der Kommission, mit dem die Beihilfe von LUX zugunsten von Fiat für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wurde, für nichtig zu erklären. Das getrennt eingelegte Rechtsmittel von Fiat Chrysler Finance Europe sollte dagegen nach Ansicht des Generalanwalts zurückgewiesen werden. Am 03.09.2012 erließen die luxemburgischen Steuerbehörden einen Steuervorbescheid (tax ruling) zugunsten von Fiat Chrysler Finance Europe (Fiat), einem Unternehmen der Fiatgruppe, das für die in Europa ansässigen Gesellschaften der Gruppe Finanzierungs- und Treasury-Dienstleistungen erbrachte. Damit wurde eine Methode zur Ermittlung der Vergütung der Dienstleistungen von Fiat gebilligt, die es dem Unternehmen ermöglichte, seine in LUX zu entrichtende Körperschaftsteuer auf Jahresbasis zu bestimmen. 2015 gelangte die Kommission zu der Ansicht, dass der

Steuervorbescheid eine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 AEUV darstelle, die mit dem Binnenmarkt unvereinbar sei. Ferner stellte sie fest, dass LUX ihr den Entwurf des Steuervorbescheids nicht übermittelt und das Durchführungsverbot nicht eingehalten habe. Nach Ansicht der Kommission hatte LUX die rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfe von Fiat zurückzufordern. LUX und Fiat erhoben beim EuG jeweils Klage auf Nichtigkeitsklärung des Beschlusses der Kommission. In seinem Urteil vom 24.09.2019 wies das EuG die Klagen ab und bestätigte die Gültigkeit des Beschlusses der Kommission. Daraufhin legten IRL und Fiat getrennt voneinander Rechtsmittel beim EuGH ein. Generalanwalt Pikamäe schlug nun vor, dass der EuGH den Rechtsstreit von IRL gegen die Kommission endgültig entscheide und feststelle, dass das EuG gegen die Vorschriften über die Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten verstoßen habe, welche ein Verbot der Harmonisierung im Steuerbereich vorsähen. Das Rechtsmittel von Fiat hingegen sei insgesamt zurückzuweisen. Ausschlaggebend hierbei sei insbesondere, dass das Gericht das Recht habe zu entscheiden, dass zum einen die Kommission nicht verpflichtet gewesen sei, die gruppeninterne und grenzüberschreitende Dimension der Auswirkungen des fraglichen Steuervorbescheids zu berücksichtigen, als sie überprüft habe, ob dieser Bescheid einen wirtschaftlichen Vorteil verschaffe, und dass zum anderen die drei nach Ansicht der Kommission bei der Berechnung der Vergütung für die von Fiat ausgeübte Finanzierungs- und Treasury-Tätigkeit begangenen Fehler ein fremdvergleichskonformes Ergebnis ausgeschlossen hätten und daher als Grundlage für die Feststellung des Vorliegens eines wirtschaftlichen Vorteils hätten dienen können.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-12/cp210223de.pdf>

EZB; Leichte Abkehr von der ultra-lockeren Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) behielt bei seiner Sitzung am 16.12.2021 einen grundsätzlichen expansiven geldpolitischen Kurs mit Zinsen auf Rekordtief und milliardenschweren Anleihekäufen bei. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Allerdings sollen die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemienotfallprogramms PEPP mit einem Volumen von insgesamt 1,85 Bio. EUR im ersten Quartal 2022 geringer ausfallen als im laufenden Quartal. Ende März 2022 sollen die Nettoankäufe eingestellt werden. Die bisherigen Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR sollen im zweiten Quartal auf monatlich 40 Mrd. EUR und im dritten Quartal auf 30 Mrd. EUR erhöht werden. Ab Oktober 2022 wird der EZB-Rat die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP wieder in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR so lange fortsetzen, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung seiner Leitzinsen erforderlich ist.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp211216~1b6d3a1fd8.de.html>

Soziales

Rat, EP, Kommission; Trilog-Ergebnis zur Koordinierung der sozialen Sicherheit

Das EP hat am 16.12.2021 verkündet, dass ein Trilog-Ergebnis zu den Verhandlungen in Bezug auf die Überarbeitung der Koordinierung der sozialen Sicherheit erzielt worden sei. Laut Pressemitteilung bestehen die Eckpunkte daraus, dass EU-Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedstaaten (MS) im Unionsgebiet die gleichen

sozialen Rechte genießen wie die jeweiligen nationalen Staatsangehörigen. Zudem sollen vorangehende Anrechnungszeiten, die in anderen MS erworben werden, angerechnet und Sozialleistungen exportiert werden. Insbesondere der letzte Punkt war bisher stets strittig und führte dazu, dass vor den zurückliegenden Wahlen zum EP keine Einigung im EP erzielt werden konnte.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211215IPR19522/fairer-and-clearer-rules-on-social-benefits-for-eu-mobile-workers-agreed>

Kommission; Leitlinien für sozial gerechten Wandel vorgelegt

Die Kommission hat am 14.12.2021 Leitlinien für einen sozial gerechten Übergang zur Klimaneutralität vorgelegt. Die Leitlinien sind in Form eines Vorschlages für eine Ratsempfehlung unterbreitet worden. Mit ihm sollen spezifische sozial- und beschäftigungspolitische Belange bei der Gestaltung einer nachhaltigen Transformation der Gesellschaft adressiert werden. Das übergeordnete politische Ziel der Kommissionsvorschläge ist es, den Menschen in den Mittelpunkt des ökologischen Wandels zu stellen und dabei dessen soziales und ökonomisches Potenzial auszuschöpfen.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=25026&langId=en>

Kommission; Aktionsplan zur Förderung der Sozialwirtschaft vorgelegt

Die Kommission hat am 09.12.2021 einen Aktionsplan zur Stärkung der Sozialwirtschaft vorgelegt. Ziel der Initiative ist es, das Potenzial der Sozialwirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen und ökonomischer Prosperität zu fördern. Als wesentlich erachtet sie hierbei den Steuer-, Vergabe- und Beihilferahmen, dessen Weiterentwicklung die Kommission 2023 mit einem Vorschlag für eine Ratsempfehlung anstoßen möchte. Zudem sollen sozialwirtschaftliche Unternehmen bei der Gründung und Personalqualifizierung von Mitteln aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen profitieren. Neben der finanziellen Förderung soll ab 2023 ein EU-Gateway relevante Informationen für Akteure der Sozialwirtschaft bereitstellen. Darüber hinaus soll der Aktionsplan aufzeigen, inwiefern die Sozialwirtschaft einen Beitrag für den ökologischen und digitalen Wandel und die wirtschaftliche Erholung von den Auswirkungen der Pandemie leisten kann.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=24986&langId=en>

Kommission; Maßnahmenpaket zur Plattformökonomie vorgelegt

Die Kommission hat am 09.12.2021 ein Maßnahmenpaket zur Plattformökonomie vorgelegt. Ziel der Initiative ist es, die Arbeitsbedingungen von Personen zu stärken, die über digitale Plattformen berufstätig sind. Hierbei möchte die Kommission Arbeitnehmerrechte und den Zugang zu den Systemen der sozialen Sicherungen stärken und zugleich das wirtschaftliche Potenzial der auch im Zuge der Pandemie gewachsenen Plattformökonomie im Rahmen eines fairen Wettbewerbs entfalten. Gegenstand der Initiative sind eine Mitteilung zu Plattformarbeit, ein Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie ein Entwurf für Leitlinien zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge von Solo-Selbstständigen.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=24994&langId=de>

EuGH; Gewährung von Kindergeld nach Zuzug (Rechtssache C-411/20)

Der Generalanwalt des EuGH Szpunar legte am 16.12.2021 seine Schlussanträge zur Frage vor, ob Kindergeld bei Zuzug nach DEU bereits in den ersten drei Monaten zu gewähren ist. Geklagt hatte eine bulgarische Staatsangehörige vor dem Finanzgericht Bremen. Anlass war die Ablehnung der Kindergeldgewährung durch die Familienkasse Bremen-Niedersachsen. Diese berief sich auf eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2019, nach welcher Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten (MS) in den ersten

Acrylnitril und Nickelverbindungen festgelegt und jene für Benzol weiter gesenkt. Auf Druck des EP wurde der Geltungsbereich der Richtlinie gegenüber dem Kommissionsvorschlag erstmals auf reproduktionstoxische Stoffe ausgeweitet, also Chemikalien, die die menschliche Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/16/eu-to-improve-protection-of-workers-from-dangerous-chemical-substances/>

EuGH; Warnhinweise auf Zigarettenautomaten (Rechtssache C-370/20)

Der EuGH verkündete am 09.12.2021 ein Urteil zu Warnhinweisen auf Zigarettenautomaten. Geklagt hatte der deutsche gemeinnützige Verein Pro Rauchfrei gegen die Betreiber zweier Münchner Supermärkte. Auf den dort betriebenen Ausgabeautomaten für Zigarettenpackungen waren keine Warnhinweise und sogenannte „Schockbilder“ kenntlich. Der EuGH urteilt, dass Abbildungen auf Automaten, deren „Gestaltung hinsichtlich Umrissen, Proportionen, Farben und Markenlogo“ mit echten Zigarettenpackungen in Verbindung gebracht werden, jedoch ebenfalls mit jenen Warnhinweisen zu versehen sind, die für die Zigarettenpackungen selbst vorgesehen sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=E485A465BAD02A6AEEE66FA7D8EC6AFC?text=&docid=250866&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1090799>

Kommission; Plan für Gesundheits- und Lebensmittelaudits für das Jahr 2022 veröffentlicht

Am 01.12.2021 veröffentlichte die Kommission ihre Gesundheits- und Lebensmittelaudits sowie ihr Analyseprogramm für das Jahr 2022. Sie kommt damit ihrer Aufgabe nach, zu überprüfen, ob die in den Rechtsvorschriften der EU festgelegten Standards für die Bereiche Lebensmittelsicherheit, Lebensmittellieferanten, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, EU-Qualitätsstandards und menschliche Gesundheit in den Mitgliedstaaten und in Drittländern für ihre Ausfuhren ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die Kommission strebe an, nachfrageorientierte Kontrollen durchzuführen wie Analysen von Grenzkontrollstellen, gemeinsame Bewertungen von Medizinprodukten und Erkundungsmissionen zu Testeinrichtungen. Die Auswahl dieser Kontrollen ergäbe sich aus einem sorgfältigen Priorisierungsprozess, der auf den rechtlichen Verpflichtungen für die Kontrollen der Kommission, den Risiken in den betreffenden Sektoren und den politischen Prioritäten der Kommission, insbesondere der Strategie „Farm to Fork“, basiere.

http://ec.europa.eu/food/audits-analysis/news_detail.cfm?id=134

Kommission; Konsultation zu Vorschriften für recycelten Kunststoff in Lebensmittelverpackungen

Die Kommission stellt vom 06.12.2021 bis 10.01.2022 den Entwurf einer Verordnung zu Änderungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit zur Konsultation. Die Konsultation befasst sich mit recyceltem Kunststoff in Lebensmittelverpackungen. Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, müssen sicher sein und dürfen daher keine giftigen Verunreinigungen enthalten. Die angestrebten Änderungen sehen Übergangsbestimmungen und Bestimmungen für eine angemessene Bewertung von Materialien, die kein Polyethylenterephthalat (PET) enthalten sowie eine klare Verpflichtung für Unternehmen sowie zuständige Behörden vor.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12013-Lebensmittelsicherheit-recycelter-Kunststoff-in-Lebensmittelverpackungen-aktualisierte-Vorschriften-de>

Kommission; Aufruf „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ gestartet

Die Kommission veröffentlichte am 25.11.2021 den Aufruf zur Interessensbekundung für europäische Städte, die bestrebt sind, sich an der europäischen Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ zu beteiligen. Die Mission gehört zu einer der fünf neuen Missionen im EU-Forschungsprogramm Horizont Europa. Ziel ist die Unterstützung und Förderung derjenigen Städte, die bis zum Jahr 2030, im Einklang mit den Zielen des Grünen Deals, klimaneutral werden wollen. Die ausgewählten Städte sollen zu Versuchs- und Innovationszentren für alle Städte werden. Die Mission zielt darauf ab, einen gerechten Übergang, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu fördern und positive Auswirkungen des Wandels wie geringere Luft- und Lärmbelastung, weniger Verkehrsstaus und eine gesündere Lebensweise herbeizuführen. Nach einer Bewertung durch unabhängige Expertinnen und Experten werden die ausgewählten Städte zu Beginn des zweiten Quartals 2022 bekannt gegeben. Interessensbekundungen werden bis zum 31.01.2022 angenommen. Bisher haben laut Kommission 21 Städte aus DEU ihr Interesse bekundet, darunter Wuppertal, Stuttgart, Dresden und Hamburg.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-startet-aufruf-100-klimaneutrale-stadte-bis-2030-durch-und-fur-die-buergerinnen-und-buerger-2021-11-25_de

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Umwelthaftungsrichtlinie

Am 29.11.2021 begann die Kommission Sondierungen zur Bewertung der Umwelthaftungsrichtlinie. Die Richtlinie schafft auf Basis des Verursacherprinzips einen Rahmen zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden. Im Zuge der Bewertung sollte festgestellt werden, ob die Richtlinie zielführend sei und welche Probleme und Mängel sie aufweise. Es sollen auch Überlegungen zu den Forderungen des EP und des Europäischen Rechnungshofs angestellt werden, die Anwendung der Richtlinie zu verstärken. Rückmeldungen sind bis zum 27.12.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13251-Umwelthaftungsrichtlinie-Bewertung_de

Kommission; Konsultation zur Eindämmung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

Am 30.11.2021 begann die Kommission Sondierungen zu Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik. Mit der geplanten Initiative soll gegen Mikroplastik vorgegangen werden, das nicht vorsätzlich in die Umwelt gelangt. Im Fokus stehen hierbei Kennzeichnungs-, Standardisierungs-, Zertifizierungs- und Regulierungsmaßnahmen für die wichtigsten Quellen solcher Kunststoffe. Die Initiative zielt darauf ab, den Kenntnisstand in Bezug auf das Vorkommen von Mikroplastik und seiner Risiken zu erhöhen. So sollen die Umweltverschmutzung und die potenziellen Gesundheitsrisiken vermindert und dabei die Grundsätze des Binnenmarktes beachtet sowie Wettbewerbsfähigkeit und Innovation gefördert werden. Rückmeldungen sind bis zum 29.12.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12823-Umweltverschmutzung-durch-Mikroplastik-Ma%C3%9Fnahmen-zur-Eindammung-der-Umweltfolgen_de

Kommission; Klage gegen DEU vor dem EuGH - Unzureichender Schutz von artenreichen Wiesen in Natura-2000-Gebieten

Die Kommission hat am 02.12.2021 Klage gegen DEU vor dem EuGH eingereicht, da artenreiche Wiesen in den Natura-2000-Gebieten nicht ausreichend geschützt seien.

DEU komme damit den Anforderungen der Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) zum Schutz der biologischen Vielfalt nicht nach. Gemäß dieser Rechtsvorschrift sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, wichtige Lebensräume und Arten zu schützen und deren günstigen Erhaltungszustand wiederherzustellen sowie die Verschlechterung der Lebensräume und erhebliche Störungen von Arten in Natura-2000-Gebieten zu vermeiden. Laut Kommission wiesen zwei Lebensraumtypen, die von Bedeutung für Bestäubungsinsekten und im Rahmen des Natura-2000-Netzes geschützt sind, nämlich Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen, in DEU einen ungünstigen Erhaltungszustand auf. Die Kommission ist der Auffassung, dass die bisherigen Bemühungen der deutschen Behörden unzureichend waren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6263

Rat; Einigung zum achten Umweltaktionsprogramm

Am 10.12.2021 billigten die EU-Botschafterinnen und EU-Botschafter die Einigung bezüglich des achten Umweltprogramms (UAP). Erzielt wurde die vorläufige Einigung am 01.12.2021 zwischen dem Ratsvorsitz und den Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführern des Parlamentes. Das Programm dient als Orientierung zur Gestaltung und Umsetzung der Umwelt- und Klimapolitik bis zum Jahr 2030. Für das Jahr 2024 ist eine Halbzeitüberprüfung der Kommission vorgesehen. Im Anschluss werde die Kommission gegebenenfalls einen Legislativvorschlag vorlegen und einen Anhang zum achten UAP hinzufügen, der eine Liste von Maßnahmen für den Zeitraum nach 2025 und den entsprechenden Zeitplan dafür vorsehe. Falls notwendig sollten auch Ziele zur Verringerung des Verbrauchs-Fußabdrucks der EU für das Jahr 2030 festgelegt werden. Geplant sei die Stärkung umweltpositiver Anreize, der Abbau umweltschädlicher Subventionen und die Entwicklung von Indikatoren „jenseits des BIP“. Zugleich ist die Festlegung von strengeren Anforderungen an die Kommission zur jährlichen Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte und ein Governance-Mechanismus mit einem jährlichen Meinungsaustausch zwischen den Institutionen vorgesehen.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/12/10/8th-eap-member-states-endorse-provisional-political-agreement-reached-with-parliament/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=8th+EAP%3a+member+states+endorse+provisional+political+agreement+reached+with+Parliament

Kommission; Konsultation zu Überwachungs- und Berichterstattungsvorschriften über Treibhausgasemissionen

Am 14.01.2021 begann die Kommission Sondierungen zur Abänderung der Überwachungs- und Berichterstattungsvorschriften über Treibhausgasemissionen. Ziel der Konsultation ist die Änderung des Artikels 38 der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2066 zur Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen. Dies umfasse die Fristen für die Anwendung bestimmter Vorschriften über die Überwachung von und die Berichterstattung über Emissionen und insbesondere die Einstufung von nachhaltiger Biomasse als emissionsfrei. In Planung ist eine Durchführungsordnung, die zum Ziel hat, eine robuste, effiziente und harmonisierte Umsetzung der Bestimmungen zu gewährleisten und die Schulung von Prüferinnen und Prüfern zu ermöglichen. Rückmeldungen sind bis zum 11.01.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13275-Treibhausgasemissionen-geanderte-Überwachungs-und-Berichterstattungsvorschriften_de

Kommission; Vorschläge zu Entfernung, Recycling und nachhaltiger Speicherung von CO2

Am 15.12.2021 hat die Kommission eine Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen angenommen, in der aufgezeigt wird, wie der Abbau von CO2 aus der Atmosphäre erhöht werden soll. Um die Auswirkungen von CO2-Emissionen auszugleichen, müsse die EU ihre Abhängigkeit von fossilem Kohlenstoff erheblich verringern, die klimaeffiziente Landwirtschaft ausbauen und industrielle Lösungen fördern, damit CO2 nachhaltig und nachprüfbar entfernt und recycelt werden könne. Die Entfernung und Speicherung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre, den Ozeanen und den Küstenfeuchtgebieten sei hierbei von essenzieller Bedeutung. Geplant sind kurz- bis mittelfristige Maßnahmen. Hierzu gehört die Förderung von Verfahren der klimaeffizienten Landwirtschaft, die Standardisierung von Methoden bezüglich der Überwachungs-, Berichterstattungs- und Überprüfungsverfahren zur Ermöglichung von Zertifizierungsrahmen, die Wissensbereitstellung, das Datenmanagement und die Beratungsdienste für Landbewirtschaftlerinnen und Landbewirtschaftler. Die Mitteilung zielt zusätzlich darauf ab, Initiativen für blauen Kohlenstoff zu entwickeln, da die Nutzung naturbasierter Lösungen in Küstenfeuchtgebieten und bei regenerativer Aquakultur Vorteile für die Regenerierung der Meere schaffe. Bis zum Ende des Jahres 2022 sieht die Kommission einen EU-Rechtsrahmen für die Zertifizierung des CO2-Abbaus vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6687

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Kontrollen von Einrichtungen, in denen lebende Tiere gehalten werden

Die Kommission stellt für die Zeit vom 25.11.2021 bis 23.12.2021 den Entwurf einer delegierten Verordnung über Kontrollen von Einrichtungen, in welchen lebende Tiere gehalten werden, zur Konsultation. Es sollen zusätzliche Vorschriften für die Kontrollen festgelegt werden, welche durch die Behörden der Mitgliedstaaten in bestimmten Einrichtungen, in denen Tiere gehalten werden (z.B. Sammelstellen, Besamungsstationen, geschlossene Betriebe zur Unterbringung von Tieren und Fischzuchtanlagen), durchgeführt werden müssen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11665-Tiergesundheit-Kontrollen-von-Einrichtungen-in-denen-lebende-Tier-gehalten-werden_de

Kommission; Konsultation zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten für amtliche Kontrollen in bestimmten Tierhaltungsbetrieben

Die Kommission stellt für den Zeitraum vom 25.11.2021 bis 23.12.2021 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Festlegung einheitlicher Mindesthäufigkeiten von amtlich durchgeführten Kontrollen in bestimmten Tierhaltungsbetrieben wie Zuchtbetrieben oder Aquakulturbetrieben zur Konsultation. Laut Kommission sollen insbesondere Kontrollen von Tieren, Bedingungen für ihre Haltung und Kontrollen im Bereich Zuchtmaterial festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13281-Tiergesundheit-Festlegung-einheitlicher-Mindesthaeufigkeiten-fur-amtliche-Kontrollen-in-bestimmten-Tierhaltungsbetrieben_de

Kommission; 686 Mio. EUR zur Rückerstattung an Landwirtinnen und Landwirte

Am 26.11.2021 verabschiedete die Kommission eine Verordnung, die es den Mitgliedstaaten (MS) ermöglicht, europäischen Landwirtinnen und Landwirten 686

Mio. EUR zu erstatten. Im Haushaltsjahr 2021 wurden 879,8 Mio. EUR von den Direktzahlungen an die Landwirtinnen und Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgezogen, um die Reserve für Agrarkrisen zu finanzieren. Die Krisenreserve in Höhe von 487,6 Mio. EUR wurde im Jahr 2021 nicht verwendet. Zusammen mit zusätzlichen zur Erstattung verfügbaren Mitteln werde nun ein Großteil der Beträge, die von den Direktzahlungen in diesem Jahr abgezogen wurden, von den MS ab dem 01.12.2021 an die Landwirtinnen und Landwirte ausgezahlt.

https://ec.europa.eu/info/news/eu686-million-be-reimbursed-european-farmers-2021-nov-30_de

Rat; Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik verabschiedet

Am 02.12.2021 verabschiedete der Rat nach Zustimmung des EP die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie solle umweltfreundlicher, fairer, flexibler und transparenter werden. Durch die GAP angestrebt werde die Sicherstellung einer nachhaltigen Zukunft für die europäischen Landwirtinnen und Landwirte. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe sollen laut Rat gezielter unterstützt werden. Vorgesehen ist zudem, dass den Mitgliedstaaten (MS) mehr Flexibilität zur Anpassung der Maßnahmen an die lokalen Gegebenheiten eingeräumt werde. Die Kommission werde bewerten, ob die GAP-Strategiepläne der MS den Verpflichtungen entsprechen. Landwirtinnen und Landwirte müssen künftig klima- und umweltfreundliche Verfahren anwenden. Die MS sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass mindestens 35% der Haushaltsgelder für die Entwicklung des ländlichen Raums und mindestens 25% der Direktzahlungen für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. Bis zum 01.01.2022 haben die MS Zeit, die Entwürfe ihrer Strategiepläne vorzulegen. Die neue GAP wird Anfang 2023 in Kraft treten und bis zum Jahr 2027 gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/02/council-adopts-fairer-greener-and-more-performance-based-farming-policy-for-2023-2027/>

EP; ANIT-Untersuchungsausschuss - Annahme des Berichtes zu Mängeln bei Tiertransporten und der Handlungsempfehlungen

Am 02.12.2021 schloss der ANIT-Untersuchungsausschuss zum Tierschutz bei Tiertransporten seine Arbeit nach 18 monatiger Arbeit mit der Annahme seines Berichts ab. Er konstatiert in seinem Bericht erhebliche Missstände beim Umgang mit Tieren auf ihren Transportwegen innerhalb und außerhalb der EU. Ihren unterschiedlichen Transportbedürfnissen werde man trotz bereits bestehender EU-Vorschriften derzeit nicht gerecht. Angenommen wurde der Bericht mit 30 Ja-Stimmen sowie einer Enthaltung. Die Ausschussmitglieder genehmigten eine Reihe von Empfehlungsentwürfen mit 24 zu einer Stimme bei fünf Enthaltungen. So soll die Überwachung der Transportbedingungen verbessert werden und zeitliche Begrenzungen des Transports entsprechend der Art und des Alters der Tiere festgelegt werden. Sehr junge Tiere sollen in Zukunft nicht mehr transportiert werden. Grundsätzlich solle mehr Fleisch und Reproduktionsmaterial anstatt der lebendigen Tiere transportiert werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211124IPR18013/animal-welfare-meps-urge-a-shift-from-live-to-meat-and-carcass-transport>

Kommission; Festlegung von Düngemittel-Kriterien für agronomische Effizienz und Sicherheit für Nebenprodukte in EU-Düngeprodukten

Die Kommission stellt vom 08.12.2021 bis 14.01.2022 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Festlegung von Kriterien für die agronomische Effizienz und Sicherheit für Nebenprodukte in EU-Düngeprodukten zur Konsultation. Geplant sei, den Herstellern die Verwendung bestimmter, erschöpfend aufgeführter Nebenprodukte zu gestatten. Zudem dürften sie weitere Nebenprodukte als technische Zusatzstoffe im

Ausmaß von bis zu 5% verwenden. In beiden Fällen sollen, zusätzlich zu den bereits für alle EU-Düngemittel festgelegten Sicherheitskriterien, strenge Grenzwerte für Schwermetalle und andere bedenkliche Stoffe gelten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13111-Dungemittel-Kriterien-fur-agronomische-Effizienz-und-Sicherheit-fur-Nebenprodukte-in-EU-Dungeprodukten_de

Kommission; Evaluierung der GAP-Informationsaktivitäten

Am 08.12.2021 veröffentlichte die Kommission ihre Bewertung der Informationsaktivitäten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie kam aufgrund der Auswertung von Eurobarometerumfragen und einer externen Umstudie im Zeitraum von 2016 und 2020 zu dem Schluss, dass die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger durch diverse Informationsquellen wie die Pressearbeit der Kommission, die Website, soziale Medien und Veranstaltungen wirkungsvoll sei. Verbessert hierbei würde das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zur GAP und ihrer Relevanz. Ziel der vorausgegangenen Analyse war die Maximierung der Möglichkeiten für eine bessere Kommunikation über die neue GAP. Die Bewertung zeige, dass die GAP-Informationsmaßnahmen das Verständnis der Politik und die Wahrnehmung bei Interessenträgern und EU-Bürgern schärfen würden. Verbesserungswürdig sei jedoch die Hervorhebung des Beitrags der GAP zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele des EU-Grünen Deals. Auch die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden bei der Kommunikation könne intensiviert werden. Die Bewertung werde laut Kommission zur Definition von Informationsaktivitäten für den Zeitraum von 2021 bis 2025 beitragen. Sie diene zugleich als Grundlage für die Ausarbeitung des Berichts der Kommission an das EP und den Rat über die Umsetzung der Informationsmaßnahmen.

https://ec.europa.eu/info/news/information-measures-increase-public-awareness-common-agricultural-policy-2021-dec-08_de

Rat; Schlussfolgerungen zu einem neuen Notfallplan zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung Europas gebilligt

Am 13.12.2021 haben die Landwirtschaftsministerinnen und Landwirtschaftsminister Schlussfolgerungen zu einem Plan zum Schutz des Lebensmittelversorgungssystems der EU vor zukünftigen Bedrohungen gebilligt. Der von der Kommission als Teil der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ entwickelte Notfallplan für Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit werde der EU helfen, sich Herausforderungen wie extremen Wetterereignissen, Pflanzen- und Tiergesundheitsproblemen und Engpässen von Düngemitteln, Energie und Arbeitskräften zu stellen. Der Notfallplan baute auf den Lehren der Covid-19-Krise auf und solle darauf abzielen, das europäische Lebensmittelsystem zukunftssicher gegen potentielle Risiken zu machen. Im Krisenfall soll auch weiterhin die grenzüberschreitende Mobilität von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital garantiert werden. Gefördert werden müsse die Schaffung eines Mechanismus zur Überwachung der Bereitschaft Europas, auf Bedrohungen der Ernährungssicherheit zu reagieren. Vorgesehen sei die Stärkung bereits bestehender Instrumente zur Nahrungsmittelsicherheit. Zur Wahrung des Vertrauens der Öffentlichkeit und der Vermeidung von Desinformationen sieht der Rat die Kommunikation mit Interessenträgerinnen und Interessenträgern und der breiten Öffentlichkeit vor.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/13/council-approves-conclusions-on-new-plan-to-safeguard-europe-s-food-supply/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+approves+conclusions+on+new+plan+to+safeguard+Europe%E2%80%99s+food+supply

Rat; Einigung auf Fischereimöglichkeiten im Jahr 2022

Am 14.12.2021 einigte sich der Rat Landwirtschaft und Fischerei auf die Fangrechte im Atlantik, in der Nordsee, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2022. Die auf der Tagung des Rates geschlossene Vereinbarung legt Fangbeschränkungen für über 200 kommerzielle Fischbestände fest. In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 werden aufgrund der noch laufenden Konsultation mit GBR zu den gemeinsamen Fischereibeständen vorläufige Fangbeschränkungen für betreffende Arten bis zur endgültigen Einigung gelten. EU-weit werden Beschränkungen für die meisten Arten auf 25% der letztjährigen Grenzwerte festgesetzt, wobei den Besonderheiten der saisonalen Fischerei Rechnung getragen werden sollte. Ziel der Einigung sei die nachhaltige Wahrung der Fischereibestände und der Schutz der Lebensgrundlage der europäischen Fischereiflotten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/12/14/council-agrees-fishing-opportunities-for-2022/>

Justiz

EuGH; Urteil – Europäischer Haftbefehl nach Aufhebung einer Amnestie

Am 16.12.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-203/20 (AB (Aufhebung einer Amnestie)) entschieden, dass der Grundsatz ne bis in idem der Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls gegen die Personen, die der Entführung des Sohnes eines ehemaligen slowakischen Präsidenten angeklagt werden, nicht entgegensteht. Die Einstellung der Strafverfolgung aufgrund einer Amnestie und deren Aufhebung stehen der Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls nicht entgegen, da die nationalen Justizbehörden noch nicht über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Angeklagten entschieden haben.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-203/20>

EuGH; Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus POL

Am 16.12.2021 hat Generalanwalt Rantos seine Schlussanträge in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-562/21 PPU und C-563/21 PPU (Openbaar Ministerie) vorgelegt. Der Generalanwalt präzisiert die Kriterien, anhand deren eine vollstreckende Justizbehörde die etwaige Gefahr der Einflussnahme der Exekutive auf die Verfahren betreffend die gesuchten Personen beurteilen kann. Zweifel hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen der Beteiligung regelwidrig ernannter Richter am Prozess reichen nicht aus, um das Bestehen einer echten Gefahr der Verletzung des Grundrechts der gesuchten Person auf ein unabhängiges Gericht darzutun.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-562/21>

EuG; Schadensersatzklage wegen Energieverbrauchskennzeichnung

Am 08.12.2021 hat der EuG in der Rechtssache T-127/19 (Dyson / Kommission) den Schadensersatzantrag von Dyson zurückgewiesen. Durch die Wahl der standardisierten Testmethode mit leerem Behälter habe die Kommission weder die Grenzen ihres Ermessens offenkundig und erheblich überschritten noch die Grundsätze der Gleichbehandlung und der guten Verwaltung hinreichend qualifiziert verletzt, auch wenn bei der Messung des Energieverbrauchs den Unterschieden von herkömmlichen Staubsaugern mit Beuteln einerseits und von Zyklonstaubsaugern ohne Beutel andererseits nicht hinreichend Rechnung getragen wurde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-127/19>

Kommission; Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU wegen des Urteils des BVerfG zu Anleihekäufen

Die Kommission hat am 02.12.2021 das Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Anleihenkaufprogramm der EZB eingestellt. Zuvor hatte die Bundesregierung förmlich erklärt, dass es den Vorrang des EU-Rechts anerkennt und eine Wiederholung einer Ultra-vires-Feststellung künftig aktiv vermeiden wird.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-im-dezember-eu-kommission-stellt-verfahren-gegen-deutschland-wegen-ezb-2021-12-02_de

EuGH; Schlussanträge zur Konditionalitätsregelung (Rechtsstaatlichkeit)

Am 02.12.2021 hat Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona seine Schlussanträge in der Rechtssache C-156/21 und C-157/21 (HUN und POL / Parlament und Rat) vorgelegt. Der Generalanwalt ist der Ansicht, dass die Klagen von HUN und POL gegen die Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union bei Verstößen gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit abzuweisen sind. Diese Regelung sei auf einer geeigneten Rechtsgrundlage erlassen worden, mit Art. 7 EUV vereinbar und stehe im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?sessionId=0CD29964C1ED2F7220AFA0672F40EECA?text=&docid=250425&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4583227>

EuGH; Urteil – Selbstzahlerpauschale bei Zahlung ohne Bankeinzug

Am 02.12.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-484/20 (Vodafone Kabel DEU) entschieden, dass die Zahlungsdienste-Richtlinie einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der das Verbot der Erhebung von Entgelten für die Nutzung der in dieser Bestimmung genannten Zahlungsinstrumente und Zahlungsdienstleistungen im Rahmen von mit Verbrauchern geschlossenen Dauerschuldverhältnissen nur für Zahlungsvorgänge gilt, die in Erfüllung von nach dem 13.01.2018 geschlossenen Verträgen bewirkt werden, so dass diese Entgelte auf Zahlungsvorgänge anwendbar bleiben, die nach diesem Datum in Erfüllung von davor abgeschlossenen Dauerschuldverhältnissen bewirkt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250402&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4603437>

EuGH; Datenschutz – Klagebefugnis von Verbraucherschutzverbänden

Am 02.12.2021 hat Generalanwalt Richard de la Tour seine Schlussanträge in der Rechtssache C-319/20 (Facebook Ireland) vorgelegt. Der Generalanwalt ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten Verbraucherschutzverbänden erlauben können, gegen Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten Verbandsklagen zu erheben. Diese Klagen müssen auf die Verletzung von Rechten gestützt sein, die den betroffenen Personen unmittelbar aus der Datenschutz-Grundverordnung erwachsen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?sessionId=4682AADDC4EA5905752F8B0C17762B1D?text=&docid=250421&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=154163>

EuG; Urteil – Markenstreit um geographisch geschützte Angabe

Am 01.12.2021 hat das EuG in der Rechtssache T-700/20 (Schmid / EUIPO - Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark (Steirisches Kürbiskernöl g.g.A.)) entschieden, dass Marken, die Embleme von besonderem öffentlichem Interesse enthalten, nicht das Publikum hinsichtlich des Vorliegens einer Verbindung

zwischen dem Markeninhaber einerseits und der Stelle, auf die das betreffende Emblem verweist, andererseits irreführen dürfen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250352&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3149193>

Rat; Justizrat am 10.12.2021

Am 10.12.2021 fand in Brüssel der Rat der Justizministerinnen und Justizminister statt. Ein zentrales Thema war die Bekämpfung der Internetkriminalität. Zu diesem Themenkomplex wurde dem Rat der Sachstand der Trilog-Verhandlungen zum e-Evidence-Paket mitgeteilt. Ferner ging es um die Bekämpfung von Hetze und Hassverbrechen und damit ebenfalls um Straftaten, die überwiegend im Internet begangen werden. Die Kommission informierte über neue Gesetzgebungsvorschläge zur Digitalisierung der Justiz. Digitale Kommunikationskanäle sollen künftig zum Standardkanal für grenzüberschreitende Gerichtsverfahren werden. Sowohl bei Rechtshilfeersuchen als auch bei Verfahren, in denen die Beteiligten in unterschiedlichen Mitgliedstaaten ansässig sind, soll die Digitalisierung zu einer Erleichterung und erhöhten Sicherheit der Verfahren führen.

[https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2021/12/09-](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2021/12/09-10/?utm_source=dsms-)

[10/?utm_source=dsms-](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2021/12/09-10/?utm_source=dsms-)

[auto&utm_medium=email&utm_campaign=Justice+and+Home+Affairs+Council](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2021/12/09-10/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Justice+and+Home+Affairs+Council)

Kommission; strafrechtlicher Schutz der Umwelt

Die Kommission hat am 15.12.2021 einen Vorschlag für eine neue Richtlinie der EU zur Bekämpfung der Umweltkriminalität angenommen. Der Vorschlag zielt darauf ab, den Umweltschutz wirksamer zu gestalten, indem die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, über das bereits bestehende Umweltstrafrecht hinausgehende, weitere strafrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. So werden neue Umweltstraftatbestände definiert und ein Mindestmaß an Sanktionen festgelegt. Ferner soll die Wirksamkeit der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung gestärkt werden.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/1_1_179760_prop_dir_env_en.pdf

I n n e r e s

EuGH; Generalanwalt konkretisiert Begriffe der „Notlage“ und der „speziellen Hafteinrichtung“ im Sinne der Rückführungsrichtlinie

Generalanwalt Jean Richard de la Tour hat am 25.11.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-519/20 vorgelegt. Darin konkretisiert und definiert er die Voraussetzungen für das Vorliegen einer „Notlage“ sowie den Begriff der „speziellen Hafteinrichtung“ im Sinne der Rückführungsrichtlinie. Generalanwalt de la Tour vertritt die Ansicht, dass eine Regelung in DEU, die für die Dauer von drei Jahren die Inhaftierung von abzuschiebenden Drittstaatsangehörigen in gewöhnlichen Justizvollzugsanstalten erlaubt, nicht auf die Annahme einer „Notlage“ nach der Rückführungsrichtlinie gestützt werden könne. Zudem hätten die für die Inhaftnahme zuständigen Justizbehörden die Verantwortung, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die Umstände, die die Anerkennung einer „Notlage“ gerechtfertigt haben, noch vorliegen. Schließlich sei Voraussetzung für die Qualifizierung als „spezielle Hafteinrichtung“ im Sinne der Rückführungsrichtlinie, dass die Vollstreckung der Haft nach einer freiheitsentziehenden Regelung und unter materiellen Bedingungen erfolge, die an den rechtlichen Status und die Schutzbedürftigkeit der betroffenen Drittstaatsangehörigen angepasst seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=250062&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5758480>

Frontex; Konferenz zum Einsatz biometrischer Systeme an Grenzen

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 30.11.2021 zum dritten Mal die Internationale Konferenz zum Einsatz von Biometrie an Grenzen ausgerichtet. Im Fokus der diesjährigen Tagung stand dabei die biometrische Interoperabilität an den EU-Außengrenzen. Interoperabilität soll etwa hergestellt werden in Bezug auf EU-Informationssysteme wie das Schengener Informationssystem (SIS), das Visa-Informationssystem, das Entry-Exit-System, Eurodac und das EU's Travel Information and Authorisation System (ETIAS). Die Systeme seien für die Sicherheit des Schengen-Raums von zentraler Bedeutung, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-holds-international-conference-on-biometrics-for-borders-99Td25>

Kommission; Sofortmaßnahmen für EU-Außengrenze zu Belarus vorgeschlagen

Am 01.12.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für befristete Sofortmaßnahmen vorgelegt, der LET, LIT und POL bei der Bewältigung der derzeitigen Situation an der EU-Außengrenze unterstützen soll. Der Vorschlag geht zurück auf ein Ersuchen des Europäischen Rats (ER) an die Kommission, alle erforderlichen Änderungen des EU-Rechtsrahmens vorzuschlagen, um so dazu beizutragen, die Instrumentalisierung von Migranten an der EU-Außengrenze durch Belarus zu beenden. Die Maßnahmen sollen es den drei betroffenen Mitgliedstaaten (MS) ermöglichen, unter Gewährleistung eines uneingeschränkten Grundrechtsschutzes (insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Nichtzurückweisung) zügige und geordnete Verfahren zur Bewältigung der Situation einzurichten und durchzuführen. Hervorzuheben ist, dass die Maßnahmen u.a. die Einführung des sog. Grenzverfahrens vorsehen, ein beschleunigtes Verfahren, das für gewöhnlich nur an Flughäfen stattfindet. Im Rahmen des Grenzverfahrens sollen sich die in die EU über Belarus illegal eingereisten Migranten für die gesamte Dauer der Prüfung ihres Asylanspruchs in speziellen, geschlossenen Zentren nahe der Grenze aufhalten. In diesen Registrierungs- bzw. Aufnahmezentren sollen die Migranten dann auch versorgt werden, wobei der Vorschlag der Kommission es den drei MS erlaubt, die materielle Versorgung auf die Grundbedürfnisse zu reduzieren. Binnen einer Frist von max. 16 Wochen soll dort das vollständige Asylverfahren (einschließlich Rechtsmitteln) durchgeführt werden. Für die Dauer des Verfahrens gelten die Migranten als nicht eingereist. Bei Ablehnung eines Asylgesuchs sollen LET, LIT und POL nach dem Willen der Kommission auch die Möglichkeit bekommen, vereinfachte und schnelle nationale Verfahren zur Rückführung anzuwenden zu dürfen. Die Maßnahmen sind auf sechs Monate befristet.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2021%3A752%3AFIN&qid=1638547296962>

Frontex; Operation im Ärmelkanal gestartet

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 01.12.2021 bekanntgegeben, dass sie eine Mission gegen den zunehmenden Migrationsdruck im Ärmelkanal und der Nordsee begonnen habe. Zur Verwirklichung der Operation sei Frontex von DNK ein Flugzeug zur Verfügung gestellt worden, das die Grenzkontrolle an Land und auf See unterstützen könne. Ziel der Operation sei es, die steigende Zahl an Überfahrten auf dieser Route (insbes. von FRA nach GBR) zu verhindern.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-to-support-member-states-in-the-channel-and-north-sea-region-pZWNYE>

EASO; Afghanistan löst Syrien als wichtigstes Herkunftsland von Migranten ab
Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) hat am 02.12.2021 eine Analyse veröffentlicht, nach der im September 2021 mehr als 17 000 Asylanträge von afghanischen Staatsangehörigen in der EU+ (Mitgliedstaaten und assoziierte Staaten) gestellt worden seien. Damit sei Afghanistan das mit Abstand wichtigste Herkunftsland und habe Syrien nach sieben Jahren abgelöst. Die Gesamtzahl der Asylanträge in der EU+ übersteige insgesamt erstmalig wieder das Niveau vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

<https://www.easo.europa.eu/news-events/afghans-lodge-72-more-asylum-applications-eu>

Kommission; EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit vorgeschlagen

Die Kommission hat am 08.12.2021 einen EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit (EU Police Cooperation Code – EPCC), bestehend aus einer Empfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit, einer Richtlinie über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten (MS) sowie einer Verordnung über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm-II-Verordnung), vorgeschlagen. In ihrer Strategie für die Sicherheitsunion aus dem Juli 2020 hatte die Kommission das Maßnahmenpaket bereits angekündigt. Intention des vorgelegten Legislativpakets ist es, die Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungs- und Polizeibehörden innerhalb des Schengen-Raums zu verbessern. So soll es künftig u.a. einheitliche Regeln für die Verfolgung von Verdächtigen über Grenzen hinweg (sog. Nacheile) geben. Die Nacheile soll ohne zeitliche und geografische Begrenzung erfolgen dürfen und Beamte sollen unter gewissen Voraussetzungen das Recht erhalten, im Hoheitsgebiet eines anderen MS Verfolgte festzunehmen und, falls nötig, nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern auch zum Schutze Dritter, von der Schusswaffe Gebrauch machen zu dürfen. Außerdem soll der Austausch von Informationen erleichtert und erweitert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6645

Rat; JI-Rats am 09.12.2021

Am 09.12.2021 kamen die für Inneres zuständigen Ministerinnen und Minister im Rahmen des JI-Rats in Brüssel zusammen. Thematische Schwerpunkte der Sitzung waren u.a. der Kampf gegen hybride Bedrohungen und die Bewältigung migrationsbedingter Herausforderungen (Orientierungsaussprache), das Verhindern der Unterwanderung des Wiederaufbaufonds Next Generation EU (NGEU) durch die organisierte Kriminalität (Orientierungsaussprache), die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (Fortschrittsbericht) sowie die Verwirklichung der Interoperabilität (Gedankenaustausch). Im Rahmen des Tagesordnungspunktes zur Verhinderung der Unterwanderung von NGEU durch die organisierte Kriminalität stellte die Kommission ihren Vorschlag zur Einführung eines EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit vor. Darüber hinaus fassten die Ministerinnen und Minister den Beschluss, dass KRO die erforderlichen Voraussetzungen für die Anwendung aller Teile des Schengen-Besitzstands erfüllt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2021/12/09-10/>

Kommission; Reform des Schengen-Raums vorgeschlagen

Die Kommission hat am 14.12.2021 eine Aktualisierung von Vorschriften in Bezug auf die Ausgestaltung des Schengen-Raums vorgeschlagen. Der Vorschlag umfasst dabei eine Reform des Schengener Grenzkodex sowie zwei Verordnungsvorschläge (zur Änderung der Vorschriften für das Überschreiten der Grenzen durch Personen sowie zur Bewältigung von Situationen der Instrumentalisierung im Bereich Migration und

Asyl). Die gezielten Änderungen sollen für eine bessere Koordinierung auf EU-Ebene sorgen und die Mitgliedstaaten besser in die Lage versetzen, neue Herausforderungen beim Management der gemeinsamen EU-Außengrenzen sowie der Binnengrenzen im Schengen-Raum zu bewältigen. Mit der Aktualisierung soll sichergestellt werden, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen nur als letztes Mittel eingesetzt werde. Aufbauend auf den Lehren aus der COVID-19-Pandemie wolle man mit den neuen Vorschriften auch gemeinsame Instrumente für ein effizienteres Management der Außengrenzen im Falle einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit schaffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6821

EuGH; Anerkennung einer Geburtsurkunde mit zwei Müttern im Personenstandsrecht

Der EuGH hat am 14.12.2021 in der Rechtssache C-490/20 entschieden, dass ein minderjähriges Kind, das aufgrund einer von einem anderen Mitgliedstaat (MS) ausgestellten Geburtsurkunde zwei Personen gleichen Geschlechts als Eltern hat, vom MS, dessen Staatsangehörigkeit es besitzt, einen Personalausweis oder Reisepass ohne vorherige Ausstellung einer Geburtsurkunde durch die nationalen Behörden verlangen kann. Der MS sei auch verpflichtet, das aus dem anderen MS stammende Dokument anzuerkennen. Der EuGH begründete seine Entscheidung damit, dass es dem Kind möglich sein müsse, sein Recht auf Freizügigkeit aus Art. 21 AEUV mit jeder seiner beiden Mütter ausüben zu können.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=A4FD1EB963A0FB8AA5E2D9C4A1CE527C?text=&docid=251221&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=598040>

Frontex; Aktuelle Zahlen zur Migrationslage für November 2021

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 15.12.2021 aktuelle Zahlen zur Migrationslage (Stand: November 2021) veröffentlicht. So seien im November rd. 22.450 illegale Grenzübertritte auf den wichtigsten Migrationsrouten in die EU festgestellt worden, was nahezu dem Stand von 2020 entspräche und ein Plus von 35% gegenüber 2019 bedeute. Insbes. der Migrationsdruck auf der westafrikanischen Route sei mit dem aus dem Jahr 2020 vergleichbar. Zwischen Januar und November 2011 seien auf dieser Route 20.183 illegale Grenzübertritte registriert worden, was gegenüber 2019 ein Plus von 906% bedeute. Ein Großteil der Migranten, die über diese Route in die EU gelangt seien, stamme aus den Subsahara-Staaten. Einen deutlichen Anstieg in 2021 habe es auch auf der zentralen Mittelmeerroute mit rd. 64.400 illegalen Grenzübertritten (89% mehr als im Vorjahr und 380% mehr als 2019) gegeben. Gleichfalls stark betroffen sei nach wie vor die Westbalkanroute (55.310 illegale Grenzübertritte im Jahr 2021). Hingegen sei auf der westlichen Mittelmeerroute für 2021 ein Rückgang von 3% gegenüber 2020 und gegenüber 2019 sogar von 75% zu verzeichnen gewesen. Auch wenn im November an der EU-Ostgrenze eine gewisse Entspannung eingetreten sei, bleibe die Lage doch auch hier angespannt. Insgesamt handele es sich um die höchste Zahl an Feststellungen illegaler Grenzübertritte in einem November seit 2015, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/migratory-situation-november-the-highest-number-of-detections-in-november-since-2015-Vn2CSr>

EuGH; Generalanwalt hält Zeitpunkt der Asylantragstellung für maßgeblich für den Familiennachzug zwischenzeitlich volljährig gewordener Kinder

Am 16.12.2021 hat Generalanwalt Anthony Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-279/20 zum Nachzug von zwischenzeitlich volljährig gewordenen Kindern zu einem erwachsenen anerkannten Flüchtling vorgelegt. Er vertritt darin die

Ansicht, dass das Kind eines Zusammenführenden, der als Flüchtling anerkannt worden ist, als minderjährig im Sinne der Richtlinie betreffend das Recht auf Familienzusammenführung anzusehen ist, wenn es zum Zeitpunkt der Asylantragstellung des Zusammenführenden minderjährig war, aber vor dessen Anerkennung als Flüchtling volljährig geworden ist. Zusätzliche Voraussetzung sei es allerdings, dass der Antrag auf Familienzusammenführung innerhalb von drei Monaten nach Anerkennung des Zusammenführenden als Flüchtling gestellt worden sei. Der Rechtssache liegt ein Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=251310&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=758134>

Bildung und Kultur

Rat; Beratungen zum Europäischen Bildungsraum

Am 29.11.2021 haben die Bildungsministerinnen und -minister der EU in ihrer letzten Sitzung unter Vorsitz von SLO getagt und sich mit einer Reihe aktueller Themen befasst. Hervorgehoben wurde insbesondere die Rolle des integrierten Lernens, um auf die COVID-19-Krise zu reagieren. In Schlussfolgerungen haben die Delegationen hierzu konkrete Maßnahmen festgelegt, die auf Grundlage der Krisenreaktion der Länder als bewährte Praktiken ermittelt wurden. Dabei handelt es sich um Empfehlungen für die zusätzliche Lernhilfe und gezielte Förderung, um Defizite beim Online-Unterricht auszugleichen, das körperliche und geistige Wohlbefinden in den Vordergrund zu stellen und die digitalen Kompetenzen zu stärken. Zu längerfristigen Maßnahmen gehörten laut den Schlussfolgerungen die Einbeziehung integrierter Lernansätze, die altersgerechter und fähigkeitsbezogener sind und das Wohlbefinden stärker fördern, sowie Investitionen in den Internetzugang und andererseits in den Dialog und die Vernetzung unterstützen. Ferner wurden Empfehlungen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Qualität der Bildungssysteme verabschiedet. Ein neuer strategischer Rahmen, der in der Ratssitzung verabschiedet wurde, soll die Gestaltung („Governance“) des Bildungsraums bestimmen.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-ministerinnen-und-minister-uber-die-bildung-das-integrierte-lernen-und-den-neuen-strategischen-rahmen/>

Rat; Europäische Agenda für die Erwachsenenbildung 2021-2030

Am 29.11.2021 haben die Bildungsministerinnen und -minister der EU in ihrer letzten Sitzung unter Vorsitz von SLO getagt. Der Rat verabschiedete auf der Tagung eine Entschließung zu einer neuen europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung für die Jahre 2021 bis 2030 sowie zur Lenkungsstruktur des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung. Die Erwachsenenbildung als wichtiger Teil des lebenslangen Lernens könne einen Beitrag dazu leisten, dass Volkswirtschaften und Gesellschaften stärker und widerständiger werden. Es sei wichtig, Voraussetzungen zu schaffen, damit Menschen durch die getroffenen Entscheidungen als Reformkräfte den Wandel mittragen können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14485-2021-INIT/de/pdf>

Kommission; Neuer Leitfaden für Kulturförderung

Die Kommission hat am 29.11.2021 einen neuen Leitfaden vorgestellt, in dem alle auf EU-Ebene verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für den Kultur- und Kreativsektor zusammengefasst sind. CulturEU ist eine gemeinsame Anlaufstelle für EU-Finanzierungen, die insgesamt 75 Finanzierungsmöglichkeiten aus 21 verschiedenen

EU-Programmen, von Kreatives Europa und Horizont Europa bis zu den Strukturfonds (ESIF) und InvestEU, umfasst. In diesem interaktiven Online-Tool können Kultureinrichtungen die für sie am besten geeigneten EU-Finanzierungsmöglichkeiten ausfindig machen. Interessierte können einschlägige Förderchancen nach ihren jeweiligen Bedürfnissen, ihrem Tätigkeitsbereich und der Art ihrer Organisation automatisch filtern. Ergänzt wird der Leitfaden durch praktische Beispiele und bewährte Verfahren. CulturEU soll regelmäßig mit den neuesten Informationen über neue Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aktualisiert werden und ab Anfang 2022 in allen EU-Amtssprachen zur Verfügung stehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6292

Rat; Neues Europäisches Bauhaus

Auf der Tagung des Rates für Kultur und Medien am 30.11.2021 unter slowenischem Vorsitz befassten sich die Ratsdelegationen mit der Initiative Neues Europäisches Bauhaus (NEB) der Kommission. Mit dem NEB möchte die Kommission den Europäischen Grünen Deal greifbar und erlebbar machen und verfolgt das Ziel, dass in baulicher Hinsicht Nachhaltigkeitsmaßnahmen ergriffen werden, unter Einbindung von Erkenntnissen aus Kultur, Architektur, Ästhetik, sowie vor allem auch der Verwendung nachhaltiger Materialien. Zu dieser Initiative sind im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Mitte 2021 bereits Förderausschreibungen mit größeren Volumina veröffentlicht worden. Die Ratsdelegationen verabschiedeten vor diesem Hintergrund Schlussfolgerungen zum NEB. SLO und die Kommission führten auf der Tagung aus, dass die Schlussfolgerungen die zentrale Rolle der Kultur und Architektur bei der Gestaltung einer nachhaltigen und ästhetischen Lebensumwelt, und damit bei der Umsetzung des NEB betonten. Die Schlussfolgerungen stellten dabei einen interdisziplinären Ansatz und die Schaffung von Synergien in den Vordergrund. Demnach sollten unterschiedliche Sektoren und Politikbereiche wie Umweltschutz, Klimapolitik und Architektur zusammengeführt werden, um die nachhaltige, inklusive und ästhetische Gestaltung von Gebäuden, Wohnen und Lebensräumen zum Wohle aller Bürger sicherzustellen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14534-2021-INIT/en/pdf>

EP; LUX-Preis - Vorauswahl Publikumspreis

Die Vizepräsidentin des EP Klara Dobrev (S&D/HUN) mit Zuständigkeit für den Europäischen Filmpreis LUX, gab am 11.12.2021 die Namen der drei Filme bekannt, die in die engere Auswahl für den LUX-Publikumspreis 2022 gekommen sind. Die drei Filme sind: „Flee“, ein Animationsfilm des dänischen Regisseurs Jonas Poher Rasmussen über ein afghanisches Flüchtlingskind; „Große Freiheit“, ein Film des österreichischen Regisseurs Sebastian Meise, der die Figur Hans zeigt, der im Nachkriegsdeutschland wegen seiner Homosexualität inhaftiert ist. Dritter Film ist „Quo vadis, Aida?“ der bosnischen Regisseurin Jasmila Žbanić, deren Protagonistin Aida 1995 als Übersetzerin für die Friedenstruppen in Srebrenica arbeitet. Nun kann das europäische Publikum bis zum 25.05.2022 online über die Filme abstimmen.

<https://luxaward.eu/de>

Rat; Kulturhauptstadt Europas 2026

Auf der Tagung des Rates für Kultur und Medien am 30.11.2021 informierte die finnische Ratsdelegation die Mitgliedstaaten in Sachen Europäische Kulturhauptstadt. Finnland erklärte, dass es die Stadt Oulu als Kulturhauptstadt Europas 2026 ausgewählt habe. Oulu befindet sich im Norden Finnlands und ist die fünftgrößte Stadt des Landes. Das Konzept Oulus sehe eine enge Kooperation mit den umliegenden Regionen vor und räume dem Klimawandel und der Rolle der Kultur bei dessen Bekämpfung eine wichtige Rolle ein.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2021/11/29-30/>

Kommission; Initiative zur Verbesserung des lebenslangen Lernens vorgelegt

Die Kommission hat am 10.12.2021 unterschiedliche Initiativen zum Erreichen der Zielsetzungen für den Europäischen Bildungsraum 2025 vorgelegt. Neben dem Europäischen Bildungsraum 2025 verfolgt die Kommission mit den Initiativen auch die Umsetzung der auf dem Sozialgipfel vereinbarten Zielsetzung, dass bis 2030 60% aller Erwachsenen an jährlichen Weiterbildungen teilnehmen sollten. Hierfür hat sie je einen Vorschlag für Ratsempfehlungen zu individuellen Lernkonten für Lebenslanges Lernen und Microcredentials zum Nachweis kleinteiligerer Lernerfahrungen oder Fortbildungen vorgelegt. Gemeinsames Ziel der Vorschläge ist es, einen Beitrag zur Kompetenzbildung und inklusiven Teilnahme an dem Arbeitsmarkt zu unterstützen, der insbesondere durch den digitalen Wandel große Änderungen erfährt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6476

Kommission; Erasmus+ 2020 trotz der Pandemie über 640.000 Auslandserfahrungen

Die Kommission hat am 16.12.2021 den Bericht zur Nutzung von Erasmus+ im Rahmen der Pandemie vorgelegt. Demnach wurden 2020 über 640.000 Auslandserfahrungen im Bildungs- und Hochschulbildungsbereich gefördert. Dies umfasste im Hochschulbereich über 323.000 Studien- und Praktikumsplätze für Studierende sowie 44.000 Studien-, Praktikums- oder Lehraufenthalte für Lehrkräfte im Ausland. Über 185.600 Mobilitätsmaßnahmen für Lernende und Lehrkräfte konnten bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung von den EU-Mitteln profitieren. Im Rahmen der Jugendarbeit waren es 180.000 Personen. In der Europäischen Woche des Sports wurde sogar die Rekordzahl von 15,6 Mio. Teilnehmenden erzielt.

https://op.europa.eu/publication/manifestation_identifier/PUB_NCAR21001ENN

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Förderung eines europäischen Newsrooms in Brüssel

Vizepräsidentin Věra Jourová kündigte auf dem European News Media Forum am 29.11.2021 die Schaffung eines EU-Newsrooms an. Die Kommission werde den Aufbau eines gesamteuropäischen Newsrooms in Brüssel, in dem 16 Nachrichtenagenturen aus Europa und dem Balkan zusammenarbeiten, mit 1,8 Mio. EUR fördern. Der Newsroom soll im Januar 2022 seine Arbeit aufnehmen und eine Drehscheibe für Nachrichtenkorrespondenten schaffen, die gemeinsam an EU-Themen arbeiten. Seine Inhalte sollen in 15 EU-Amtssprachen verfügbar sein. Koordiniert wird der Newsroom von der Nachrichtenagentur dpa aus DEU. Binnenmarktkommissar Thierry Breton erklärte, der Newsroom solle Journalisten ermöglichen, gemeinsam über EU-Angelegenheiten zu berichten und den „Geist der Zusammenarbeit“ fördern. Er bekräftigte außerdem, dass die Kommission im nächsten Jahr ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz zur Förderung des Medienpluralismus vorlegen werde.

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/jourova/announcements/speech-vice-president-jourova-european-news-media-forum-0_en

Kommission; Neue Aufforderung zur Unterstützung von Bündnissen zwischen europäischen Universitäten angekündigt

Die Kommission hat am 30.11.2021 eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Erasmus+ angekündigt. Die Aufforderung für das Jahr 2022 für Bündnisse zwischen europäischen Universitäten ist mit einem Gesamtbudget von 272 Mio. EUR ausgestattet und endet am 22.03.2022. Die europäischen Universitäten unterstützen eine systematische, strukturelle und nachhaltige transnationale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Hochschuleinrichtungen in ganz Europa, die alle Aufgabenbereiche abdeckt: Bildung, Forschung, Innovation und Dienste für die Gesellschaft. Aufbauend auf dem Erfolg der 2019 und 2020 gestarteten Pilotaufrufe, die wegen ihrer Forschungsdimension durch das EU-Forschungsprogramm Horizont unterstützt wurden, soll der Aufruf 2022 weitere Kooperationsbemühungen von Hochschuleinrichtungen erleichtern. Der Aufruf werde die Möglichkeit bieten, völlig neue Allianzen zu gründen. Einzelne Hochschuleinrichtungen hätten auch die Möglichkeit, sich bestehenden Allianzen anzuschließen. Bei dieser neuen Aufforderung für 2022 seien Länder des Bologna-Prozesses, die nicht mit dem Programm Erasmus+ assoziiert sind, eingeladen, sich den Allianzen als assoziierte Partner anzuschließen.

https://ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/european-education-area/european-universities-initiative_de

Kommission, Europa Nostra; Ausschreibung für die Erhaltung des europäischen Kulturerbes veröffentlicht

Die am 18.11.2021 veröffentlichte Ausschreibung der europäischen Preise für das Kulturerbe/Europa-Nostra-Preise zielt darauf ab, vorbildliche Praktiken bei der Erhaltung des kulturellen Erbes zu ermitteln, anzuerkennen und zu fördern. Europas Architekten, Handwerker, Experten für kulturelles Erbe, Fachleute, Freiwillige, öffentliche und private Einrichtungen und lokale Gemeinschaften hätten jetzt eine neue Chance, für ihre Leistungen anerkannt zu werden. Mit den Preisen würden vorbildliche Verfahren zur Erhaltung und Aufwertung des materiellen und immateriellen Kulturerbes ermittelt und gefördert, der grenzüberschreitende Wissensaustausch in ganz Europa angeregt, das öffentliche Bewusstsein und die Wertschätzung für das europäische Kulturerbe gestärkt. Für die neue Ausschreibung für das Jahr 2022 seien die Teilnahmekategorien überarbeitet worden, um den neuesten Entwicklungen im Bereich der Kulturerbepolitik und -praxis in Europa Rechnung zu tragen. Die neuen fünf Preiskategorien sind: Konservierung und adaptive Umnutzung - herausragende Projekte, die auf die Erhaltung, Erneuerung und Anpassung an neue Nutzungsformen des kulturellen Erbes, einschließlich der Kulturlandschaften, abzielen; Forschung - innovative Forschungsprojekte, die greifbare Auswirkungen auf den Schutz und die Aufwertung des kulturellen Erbes haben oder/und den Zugang zu Kulturgütern, ihre Nutzung und ihr Verständnis durch die Bevölkerung verbessern; Bildung, Ausbildung und Qualifizierung - beispielhafte Projekte mit Bezug zum kulturellen Erbe, die den Wissenstransfer, den Aufbau von Kapazitäten und/oder die Verbesserung traditioneller oder neuer Fähigkeiten und Fertigkeiten im Zusammenhang mit dem kulturellen Erbe zum Ziel haben; Bürgerengagement und Bewusstseinsbildung - herausragende, vom Kulturerbe geleitete Projekte, die den sozialen Zusammenhalt, die Integration, den multikulturellen Dialog und das Verständnis fördern, ein Gefühl für den Ort und die Zugehörigkeit schaffen, die Vielfalt und die vielfältigen Identitäten würdigen sowie das Engagement, die Eigenverantwortung und die staatsbürgerliche Verantwortung der Bürger anregen; Kulturerbe-Champions – einflussreiche und inspirierende Einzelpersonen oder Organisationen, deren beispielhaftes Handeln ein

außergewöhnliches Maß an Hingabe, Wirkung und bürgerschaftlichem Engagement für den Schutz und die Aufwertung des kulturellen Erbes beweist. Im Rahmen der Preisverleihung werden bis zu 30 herausragende Leistungen im Bereich des Kulturerbes ausgezeichnet, darunter bis zu fünf Grand Hauptpreise. Jeder Gewinner eines Hauptpreises erhält eine Geldprämie von 10.000 EUR. Darüber hinaus wird der Public Choice Award an einen der ausgewählten Preisträger verliehen, nachdem eine Online-Abstimmung durchgeführt wurde. Einsendeschluss für Beiträge ist der 01.02.2022. Weitere Informationen und Online-Einreichungen:

<https://www.europeanheritageawards.eu/wp-content/uploads/2021/11/HA2022-CallforEntries.pdf>

Kommission; Ausschreibung für Europäische Hochschulen

Am 30.11.2021 hat die Kommission neue Ausschreibungen für das kommende Jahr 2022 zu den Europäischen Hochschulnetzwerken (EUN) im Rahmen von Erasmus+ veröffentlicht. Die Ausschreibung ist mit einem Gesamtbudget von 272 Mio. EUR versehen. Einreichungsfrist ist der 22.03.2022. Die Ausschreibung ist in zwei Teile gegliedert: mit dem ersten Teil werden mit 225,6 Mio. EUR bestehende Hochschulnetzwerke unterstützt, um ihre Kooperationen um weitere Netzwerkpartner zu erweitern und hierbei die Zusammenarbeit zu intensivieren. Die zweite Ausschreibung (insgesamt 46,4 Mio. EUR) ist offen für Hochschulen, die noch in keinem Netzwerk vertreten sind und eine neue innovative europäische Allianz gründen wollen. Die künftige Anzahl dieser neuen Allianzen zusätzlich zu den bestehenden bereits geförderten Pilotnetzwerken hängt von der Größe der sich erfolgreich bewerbenden Allianzen ab, da die Fördersumme für jede Allianz entsprechend der Anzahl der Partner festgelegt wird. An den bisher von der EU geförderten Pilotnetzwerken sind bislang insgesamt 41 Verbände mit über 280 Hochschulen beteiligt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-hochschulinitiative-erhalt-2022-ein-rekordbudget-von-272-millionen-euro-2021-11-30_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Digital Leaders Roundtable am 30.11.2021: „AI for Tomorrow“

Auf Einladung der Staatsministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 30.11.2021 der Livestream „AI for Tomorrow“ in der Landesvertretung in Brüssel statt. Es handelte sich um den Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe „Digital Leaders Roundtable“, die auf Initiative von Hessens Digitalministerin EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Am 30.11.2021 ging es um die Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für Künstliche Intelligenz (KI) und den KI-Verordnungsvorschlag der Kommission vom 21.04.2021. Staatsministerin Lucia Puttrich betonte in ihrer Begrüßung, die Sorge vor den möglichen Folgen von KI sollte den Umgang mit dieser neuen Technologie nicht dominieren. Es komme auf die richtige Balance an und darauf, die Potentiale der Künstlichen Intelligenz zu heben – und gleichzeitig die Gefahren im Blick zu haben. Hessens Digitalministerin Sinemus erklärte, der Technologie müsse eine Richtung vorgeben werden, damit sie den größten Nutzen für Menschen, Gesellschaft, Wirtschaft und Forschung bringt. Europa brauche ein klares Regelwerk, das verantwortungsvolle KI-Nutzung und Innovation, Grundrechte und wirtschaftliche Dynamik vereint. Nur durch eine Regulierung mit Augenmaß könnten die enormen Chancen der KI gehoben und zugleich ihre Risiken minimiert werden. „Mit hessian.ai, ZEVEDI und unserem AI Quality and Testing Hub haben wir in Hessen bereits ein

breites Fundament gelegt, um die Entwicklung von KI-Anwendungen nach europäischen Werten auszurichten und zu gestalten. Hier werden KI-Systeme auf den Prüfstand gestellt. Darüber hinaus habe der Hessische Rat für Digitalethik im Frühjahr ein Thesenpapier „Vertrauen in KI“ veröffentlicht. Wenn wir in Europa diesen Leitlinien folgen, können wir Vorreiter in der Entwicklung verantwortungsvoller KI werden“, so die Digitalministerin. Die Vorschläge der Kommission stellte Irina Orsich, Generaldirektion Connect, vor. Sie verwies darauf, dass die Kommission Regeln setzen wolle, die zukunftssicher und innovationsfreundlich sind, und nur dort eingreifen, wo dies unbedingt notwendig ist, nämlich wenn die Sicherheit und die Grundrechte der EU-Bürger auf dem Spiel stehen. Dr. Thomas Koenen, Leiter der Abteilung Digitalisierung und Innovation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., warnte dagegen vor einer KI-Überregulierung bei industriellen Anwendungen. Auch MdEP Axel Voss (EVP/DEU) mahnte, dass Europa nicht den Anschluss verlieren dürfe: Wer weltweit führend sein will, müsse auch bei der KI führend und vor allem wettbewerbsfähig sein. Die Sicht der Wissenschaft brachten Prof. Mira Mezini und Prof. Kristian Kersting, Co-Sprecher von hessian.ai, ein. Prof. Mezini erklärte, bei hessian.ai gehe es darum, die auf den Menschen ausgerichtete KI auch technisch umzusetzen. Sie befürchtete, dass die europäische Regulierung zu früh komme und Innovationen verlangsamen könne. Prof. Kersting sprach sich für einen Dialog zwischen Regulierung und Wissenschaft aus. DEU und die EU seien bei der Forschung gut aufgestellt. KI dürfe nicht mystifiziert werden.

15. EU-Health-Lunch

Am 02.12.2021 fand das 15. EU-Health-Lunch statt. Thema der Online-Veranstaltung war die Arzneimittelstrategie der EU und die Überarbeitung der allgemeinen EU-Arzneimittelvorschriften. Die Veranstaltung wurde vom Hessischen Landesverband des Verbands der Chemischen Industrie (VCI Hessen), der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI) organisiert. Lucia Puttrich, Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, hob in ihrem Grußwort hervor, dass das Thema Gesundheit dem Land Hessen bereits lange vor der Pandemie ein besonderes Anliegen war und ist. Gemeinsames Ziel der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen sei es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Wissenschaft und Forschung sowie Soziales miteinander in einem beständigen Austausch zu verknüpfen. Im Anschluss betonte Gregor Disson, Geschäftsführer des VCI Hessen in seiner Begrüßungsrede, dass es wichtig sei, die richtigen Lehren aus der COVID-19-Pandemie zu ziehen. Die Pandemie hätte gezeigt, wie enorm wichtig die Gesundheitsindustrie und im Besonderen die Impfindustrie sei. Im Anschluss an die Begrüßungsreden stellten Dr. Florian Schmidt aus der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Kommission, MdEP Christine Schneider (EVP/DEU) und Julia Rumsch, Leiterin des Büros Brüssel des BPI die aktuellen Herausforderungen im Arzneimittelsektor aus ihrer jeweiligen Sicht dar. Dr. Florian Schmidt stellte die vier Hauptziele der Kommission bei der Überarbeitung der allgemeinen EU-Arzneimittelvorschriften vor. Die Kommission würde sich auf die Gewährleistung von zügigem, kostengünstigen und flächendeckendem Arzneimittelzugang für Patienten konzentrieren. Daneben sei die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des einfacheren Marktzugangs für neue Medikamente ein Fokus. Auch solle die Stellung des europäischen Arzneimittelsektors auf dem Weltmarkt gestärkt werden. In Anbetracht der Erfahrungen der COVID-19-Pandemie sei zudem eine bessere Ausgestaltung der Krisenversorgung nötig. Andere Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie sollen direkt in den neuen Rechtsrahmen einfließen. So sollen z.B. das „rolling review“, welches während der Zulassung von COVID-Impfstoffen entwickelt wurde, als (Ausnahme-)Regelung im neuen Rechtsrahmen aufgenommen werden.

Zudem würde die Digitalisierung eine zunehmende Rolle bei der Entwicklung von Medizinprodukten und der Vermarktung digitaler Medizinprodukte spielen. Die Kommission möchte der Industrie zukünftig ermöglichen, bereits während der Produktentwicklung mit direkten Ansprechpartnern auf EU-Ebene zusammenzuarbeiten. Zudem wurde auf die laufende Konsultation zur Überarbeitung der allgemeinen EU- Arzneimittelvorschriften hingewiesen, die noch bis zum 21.12.2021 geöffnet ist. Weitere Diskussionspunkte waren die Stärkung von EU interner Produktion und Lieferketten, die Vorschriften zum Schutz von geistigem Eigentum, Bürokratieranfordernisse und die Weitergabe von Gesundheitsdaten.

„Meet a Scientist“ – Wissenschaftsveranstaltung mit GSI und dem HMWK

Am 03.12.2021 fand eine Online-Veranstaltung mit dem Titel „Meet a Scientist“ statt, die gemeinsam mit dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt und dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst ausgerichtet wurde. Das Online-Event widmete sich dem Thema Wissenschaftskommunikation und dem konkreten Projekt von GSI, das wissenschaftliche Erkenntnisse vielen Schülerinnen und Schülern unter Beteiligung von GSI-Forschenden nahebringt. Europastaatssekretär Mark Weinmeister erläuterte, bei „meet a scientist“ gehe es auch um die wichtige Nachwuchsgewinnung für die Wissenschaft. Die Pandemieforschung habe die Relevanz der Wissenschaft und Forschung und die hervorragende Arbeit der Wissenschaft für die Gesellschaft aufgezeigt. Prof. Paolo Giubellino stellte GSI und die Beteiligung der internationalen Wissenschaft am Institut dar. GSI verfolge das Ziel, Jugendlichen die wissenschaftlichen Grundlagen und Infrastruktur nahezubringen und Technologien zu erläutern. Für die Kommission sprach David Lodder, Generaldirektion Forschung, der das Projekt von GSI würdigte. "Wissenschaft ist Magie, die funktioniert und die die Phantasie anspricht" - dieser Grundsatz sei der heutigen Veranstaltung inhärent. Die Wissenschaft und ihre Ergebnisse können zum Teil sogar beängstigend sein.“ Deshalb sei es sehr wichtig, über Wissenschaft zu kommunizieren. Man müsse die Jugend dazu motivieren, Arbeitsplätze in der Welt der Wissenschaft zu ergreifen, so Lodder. Das Rahmenprogramm Horizont Europa habe der Wissenschaftskommunikation einen hohen Stellenwert eingeräumt. Dr. Arjan Vink von GSI erklärte, das Projekt „meet a scientist“ werde aktuell im Rahmen einer EU-Antragstellung (MSCA) verfolgt. Als Plattform für den direkten Austausch zwischen Schulen und der Wissenschaft biete „meet a scientist“ Schülerinnen und Schülern nicht nur aktuelle Forschungsergebnisse aus erster Hand, sondern sie erhielten auch Impulse für die Studien- und Berufswahl sowie zum „Arbeitsplatz Wissenschaft“. Alle wissenschaftlichen Thematiken rund um GSI werden dabei abgedeckt: ob der Bau und Betrieb von Beschleunigern, die Arbeit an riesigen Detektoren zur Messung von Kernreaktionen, Entwicklungen im Weltall, die Erforschung neuer, superschwerer Elemente – oder auch die Tumorthherapie mit Ionenstrahlen. Rund 400 Schülerinnen und Schüler wurden durch „meet a scientist“ erreicht, aus 3 Ländern: aus DEU (Rhein-Main-Raum), aus ITL und der Türkei. Francesca Luoni, GSI-Forscherin und Nuklearingenieurin, erklärte ihre Arbeit im Austausch mit vielen Gruppen aus Schulen. Ein Teil der Veranstaltung wurde somit zur lebendigen und interaktiven Live-Unterrichtsstunde rund um die Frage: ‚Wie verhält sich die kosmische Strahlung zur Marsmission?‘ Frau Luoni kombinierte sehr didaktisch unter Einbindung vieler Schülerinnen der St.-Angela-Schule aus Königstein ihre aktuelle Forschung zu Strahlungsaspekten zur Frage einer möglichen künftigen Marsmission mit der Astronautin Samantha Cristoforetti, und wie diese vor Strahlung geschützt werden könnte.

Online-Veranstaltung mit Bischof em. Prof. Dr. Hein am 06.12.2021: Was unsere Gesellschaft zusammenhält – Erfahrungen in pandemischen Zeiten

In ihrer Begrüßung wies Europaministerin Puttrich auf das stärker geforderte Engagement der Bürger hin und auf die sich immer mehr zeigende Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften, täglich zur Arbeit fahrenden und pandemiebedingt zu Hause bleibenden hin sowie auf die großen Opfer, die der jüngere Teil der Gesellschaft als Schüler oder Studierender gebracht habe. In der Wirtschaft gäbe es ganze Branchen wie z. B. die Gastronomie, der Kulturbereich und die Messen, die mit enormen pandemiebedingten Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. In seinen einführenden Bemerkungen verwies Bischof em. Hein, Vorstandsmitglied in der Hessischen Landesstiftung „Miteinander-in-Hessen“ auf die diffuse Angst vor der Pandemie hin, ihren Varianten Delta und jetzt Omikron. Ein Teil der aktuellen Probleme sei auch auf das immer noch nicht absehbare Ende der Herausforderungen zurückzuführen. Durch Abschottung und geschlossene Kommunikationsräume seien Hass und Antisemitismus aufgeflammt. Für Bischof em. Hein überraschend sei die bisher unbestrittene Rolle der Wissenschaft in Frage gestellt worden. Sogar der wissenschaftliche Streit und daraus abgeleitete fruchtbare Erkenntnisse würden zunehmend einer Skepsis gegenüber der Wissenschaft als solcher weichen. Die Kernfrage sei: Wie soll man umgehen mit einem schwindenden Grundkonsens in unserer Gesellschaft? Nach Ansicht von Prof. Dr. Hein müsse vor allen Dingen verbal abgerüstet werden. Sachliche Argumente müssten ausgetauscht werden. Weiterhin müsse man sich um einen ehrlichen Umgang mit der Öffentlichkeit bemühen. Das heiße, konkret zu benennen, dass man schlicht nicht über abschließendes umfassendes Wissen über das Virus Covid 19 verfüge. Was bringe die Gesellschaft wieder zusammen? Aus seiner Sicht erfordere das neue Begegnungsräume, die erfahrbar sein müssten für verschiedene Milieus. Gerade die jungen Menschen müssten wieder ernst genommen werden. Dabei verwies er auf die Bemühungen der Landesstiftung „Miteinander-in-Hessen“, die aktuell insbesondere junge Menschen zu Moderatoren ausbilde, um Kommunikation zwischen gänzlich verschiedenen Gruppen zu verbessern. Prof. Dr. Hein schloss mit einem Zitat von Bundespräsident Steinmeier: „Wir könnten doch heute viel weiter sein.“ Das bezog Hein nicht nur auf die aktuelle Pandemie, sondern auch auf die Gesellschaft insgesamt. Anschließend stellte er sich Fragen des Moderators Hendrik Kafsack von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen bis zum 14.01.2022 wird insbesondere hingewiesen:

Rat

20.12.2021 Umweltrat

Verordnungsvorschlag über Batterien und Altbatterien,
Fit-for-55-Paket
EU-Bodenstrategie
Entwaldungsfreie Produkte und die Verbringung von Abfällen
EU-Biodiversitätsstrategie

Europäische Kommission

22.12.2021

Eigenmittelpaket
Initiative zur Bekämpfung des Missbrauchs von Briefkastenfirmen
Vorschlag zur Umsetzung des globalen OECD-Abkommens über die effektive Mindestbesteuerung

06./07.01.2022

Besuch des Kollegiums bei der Französischen Präsidentschaft

12.01.2022

Seminar des Kollegiums

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung findet vom 17.-20.01.2022 statt.

Ausschuss der Regionen

Es sind vor dem 26.01.2022 im AdR keine Sitzungen vorgesehen.

Europäischer Gerichtshof

21.12.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-124/20
Bank Melli Iran
Verbot der Befolgung drittstaatlicher Sekundärsanktionen

21.12.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen
Rechtssachen C-357/19 Euro Box Promotion u.a., C-379/19 DNA-
Serviciul Teritorial Oradea, C-547/19 Asociația "Forumul Judecătorilor
din România", C-811/19 FQ u.a. und C-840/19 NC
Rechtsstaatlichkeit–Unabhängigkeit der Justiz

21.12.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-251/20
Gtflix Tv
Gerichtliche Zuständigkeit bei verunglimpfenden Kommentaren im
Internet

21.12.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-497/20
Randstad Italia
Rechtsschutz bei Ausschluss von Vergabeverfahren

21.12.2021 Urteile des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-146/20
Corendon Airlines, C-188/20 Azurair, C-196/20 Eurowings und C-270/20
Austrian Airlines sowie in den Rechtssachen C-263/20 Airhelp und C-
395/20 Corendon Airlines
Fluggastrechte, u.a. bei Vorverlegung eines Flugs

- 21.12.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-243/20 Trapeza Peiraios
Fremdwährungskredite – Missbräuchliche Klauseln
- 11.01.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der
Rechtssache C-19/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid
(Ablehnung der Übernahme eines unbegleiteten Minderjährigen
ägyptischer Staatsangehörigkeit)
Dublin-III-Verordnung - Rechtsschutz
- 13.01.2022 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-
177/19 P DEU – Ville de Paris u. a. / Kommission, C-178/19 P Ungarn –
Ville de Paris u. a. / Kommission und C-179/19 P Kommission / Ville de
Paris u. a.
Emissionsgrenzwerte für Prüfungen im praktischen Fahrbetrieb
- 13.01.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-55/20 Minister
Sprawiedliwości
Polnisches Disziplinarverfahren gegen Rechtsanwalt von Donald Tusk
- 13.01.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-282/19 MIUR
und Ufficio Scolastico Regionale per la Campania
Schutz vor Missbrauch befristeter Verträge – Katholische Religionslehrer
in ITL
- 13.01.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-110/20 Regione Puglia
Suche nach Öl- bzw. Gasvorkommen vor der apulischen Küste
- 13.01.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-514/20 Koch
Personaldienstleistungen
Sind Urlaubszeiten bei der Berechnung von Mehrarbeitszuschlägen zu
berücksichtigen?

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.01.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA